

# Kuba, ein Beispiel für nachhaltige Entwicklung

• **“KUBA ist das einzige Land der Welt mit einer nachhaltigen Entwicklung”,** heißt es in einem Bericht, der vom World Wide Fund for Nature (WWF) in Beijing Ende Oktober bekanntgegeben wurde. In dem Bericht gibt es eine Graphik, die zwei Tendenzen verdeutlicht: den Indikator für menschliche Entwicklung (nach UNO-Kriterien) und die ökologischen Auswirkungen, die den Verbrauch an Energie und Ressourcen zusammenfassen, die pro Person in jedem Land

verbraucht werden. Nach Angaben der spanischen Agentur EFE **“erfüllt überraschenderweise nur Kuba die Minimalanforderungen für Nachhaltigkeit”.** Einer der Autoren der Studien, Jonathan Loh, erklärte, **“das heißt nicht, daß Kuba in dem Sinne perfekt ist, aber es zeigt, daß es die Anforderungen erfüllt”.** **“Kuba erreicht ein gutes Niveau der Entwicklung nach UNO-Kriterien, dank des Standes der Alphabetisierung im Lande und**

**einer relativ hohen Lebenserwartung. Gleichzeitig sind die ökologischen Auswirkungen gering, da es wenig Energie verbraucht.”** Auf der **“schwarzen Liste”** der Länder mit hohem Energie- und Ressourcenverbrauch pro Einwohner finden sich dagegen die Arabischen Emirate, die Vereinigten Staaten, Finnland, Kanada, Australien, Estland, Schweden, Neuseeland und Norwegen.

**Siehe auch Seite 2**

**Granma**  
INTERNACIONAL

Deutsche  
Ausgabe

Avenida General Suárez y Territorial.  
Plaza de la Revolución Jose Martí,  
Apartado Postal 6260, La Habana 6,  
Cuba. C.P. 10699  
Tel: 881-6265 / 881-7443  
Zentrale: 881-3333 App. 23 und 381

E-MAIL:  
informacion@granmai.cip.cu

GENERALDIREKTOR  
Lázaro Barredo Medina

CHEFREDAKTEUR  
Gabriel Molina Franchossi

STELLVERTRETER  
Miguel Comellas Dopico  
Gustavo Becerra Estorino

INFORMATIONSCHEF  
Navil Gracias Alfonso

PRODUKTIONSCHEFIN  
Migdalia Hardy Mengana

TEAMCHEFS  
Layout

Orlando Romero Fernández  
Tel. 881-6021

Deutsche Ausgabe  
Hans-Werner Richert  
Tel. 881-1679

e-mail: aleman@granmai.cip.cu

Spanische Ausgabe  
Gustavo Becerra Estorino

Englische Ausgabe  
Angie Todd  
Tel. 881-1679

Französische Ausgabe  
Alain Metterie  
Tel. 881-6054

Portugiesische Ausgabe  
Sara San Emeterio  
Tel. 881-6054

Italienische Ausgabe  
M. U. Gioia Minuti  
Tel. 832-5337 / 881-6265

Vertrieb und Abonnements  
Miguel Domínguez Hernández  
Tel. 881-9821

Druck  
Zeitungsverlag Granma,  
Havanna Kuba

NACHDRUCK

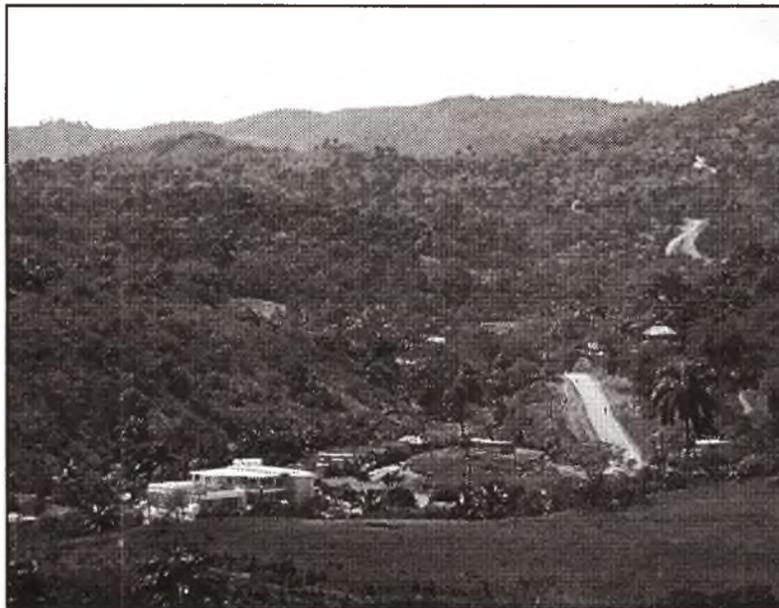
Brasilien  
Cooperativa de trabalhadors em  
Serviços Editoriais e Noticiosos Ltda. Rua  
Regente Feljo, 49-2º andar CEP  
20.060 Rio de Janeiro Tel. (021)  
242-3430 Fax (021) 242-1320

Kanada  
National Publications Centre  
C.P. 521, Station C,  
Montreal, QC H2L 4K4  
Tel/Fax: (514) 522-5872

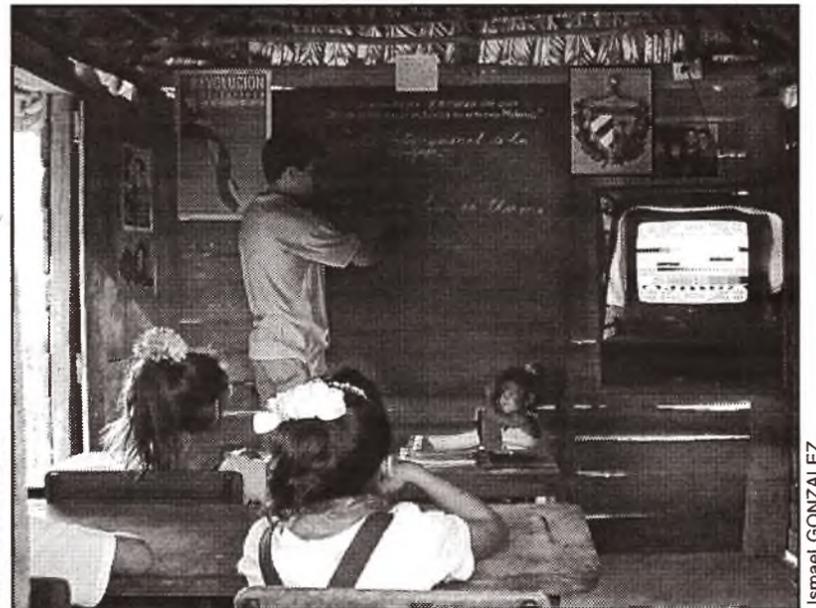
Argentina  
Movimiento Cultural  
Acercándonos  
Buenos Aires  
Tel: (011) 4862-3286

WEBSITE INTERNET  
http://www.granma.cu

ISSN 0864-4624



Der Plan Turquino bringt die Produktion und die soziale Entwicklung in harmonischen Einklang mit der Erhaltung der Natur



Eine kleine Landschule im Gebirge, deren Strom aus Sonnenenergie

## Kuba garantiert die integrale und nachhaltige Entwicklung in den Bergen

NAVIL GARCIA ALFONSO  
- Granma Internacional

• AUS der immensen Ebene, die den größten Teil des Landesgebietes ausmacht, ragen, geographisch zerstreut, die vier bedeutendsten Gebirgsgruppen Kubas heraus. Die *Sierra de los Organos* im Westen, das *Escambray*-Gebirge im Zentrum und die *Sierra Maestra* im Osten sind zusammen mit den Höhen von Nipe-Sagua-Baracoa die Systeme der bedeutendsten Erhebungen der Insel.

Die Gebirge umfassen mit ihren schönen Landschaften und unschätzbaren Naturreichtümern 48 Kreise in 8 Provinzen. In ihnen leben etwa 700.000 Menschen.

Die Bergbewohner - fast 6% der gesamten Bevölkerung - leben in direktem Kontakt mit der Natur und bewahren die Traditionen, auch wenn das Panorama der Gemeinden in den Bergen nicht mehr dem von früher ähnelt.

Der *Plan Turquino* - benannt nach der größten Bodenerhebung Kubas, dem 1.974 Meter hohen *Pico Real del Turquino* in der Ostregion - ist ein integrales und nachhaltiges Entwicklungsprojekt, das die Produktion und die soziale Entwicklung mit der Erhaltung der Natur und der Stärkung der Landesverteidigung in Einklang bringt.

Dieses Programm, das verschiedene Einrichtungen der staatlichen Zentralverwaltung einbezieht, hat den Alltag dieser historisch ausgegrenzten Bevölkerung verändert, denn sie verfügt jetzt über Landstraßen, Strom-, Wasser- und Lebensmittelversorgung, Schulen, Krankenhäuser und Kulturzentren für die Unterhaltung der Bergbewohner.

Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt her ist hervorzuheben, daß die gesamte Kaffee- und Kakao-Produktion des Landes aus diesen Orten kommt, hauptsächlich aus dem Gebiet von Baracoa, das über ausgezeichnete Umweltbedingungen dafür verfügt. Die Gebirge beherbergen den größten Waldbestand des Landes, aus dem ein hoher Anteil der Rohstoffe für die Holzindustrie gewonnen wird.

Die Forstbetriebe umfassen in Kuba 1.165.000 Hektar Wald, davon gehören 670.000 dem staatlichen Unternehmen Flora und Fauna und der Rest anderen Organismen, wie den Streitkräften, dem Innenministerium und der Zuckerindustrie.

In der 434 km östlich von Havanna gelegenen Provinz Ciego de Avila sind die Schaffung von Zentren für die genetische Verbesserung in der Tierzucht, die Gründung von Kooperativen für die Nahrungsmittelproduktion und die Entwicklung von Kleinindustrien Beispiele der Diversifizierung der örtlichen Wirtschaft.

In Florenz, einem der beiden Gebirgskreise dieser Provinz, wurden vier Fernseh- und Rundfunksender installiert, ferner gibt es Fortschritte bei der Informationsverarbeitung in den dortigen Betrieben, wodurch die Buchhaltung vervollkommen werden soll.

Eine ähnliche Situation kann in anderen, in den Plan Turquino einbezogenen, Regionen beobachtet werden, wie im großen Sumpfbereich Cienaga de Zapata, ehemals der zurückgebliebenste Kreis Kubas.

Die alten, traditionsgemäß aus Palmenholz erbauten Häusern mit Dächern aus Palmenblättern wichen nach und nach neuen Gemeinden mit

Häusern aus Mauerwerk, die mit allen grundlegenden Ver- und Entsorgungssystemen ausgestattet sind.

Dieses Projekt wurde von der Food and Agriculture Organization (FAO) der UNO wegen seiner so günstigen sozioökonomischen Wirkung und der niedrigen Umweltbelastung als einzigartig in der Welt anerkannt.

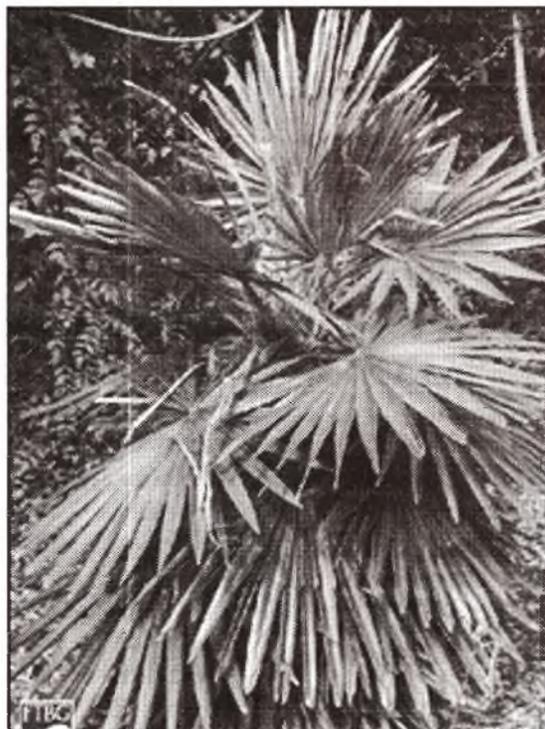
Die kubanischen Gebirge beherbergen mit 70% endemischer Arten die größte Biodiversität des Archipels. Sie liefern eine beachtliche Menge der für den nationalen Verbrauch und den Export bestimmten Produkte wie Früchte, Edelhölzer, Fleischwaren und Gemüse.

Gegen eine unkontrollierte wirtschaftliche Entwicklung sind diese Ökosysteme im allgemeinen sehr empfindlich und anfällig. Deshalb legt die Revolution besonderen Wert darauf, daß die Bewohner ein Umweltbewußtsein erlangen, das sie alte umweltschädliche Gewohnheiten ablegen läßt.

Es ist kein Zufall gewesen, daß sich ein großer Teil der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Geschichte in den Bergen abgespielt hat. Während der Befreiungskriege dienten sie den Patrioten als Unterschlupf und sicherten ihnen den Lebensunterhalt.

Eins der Hauptziele des Plan Turquino ist es, die Berge für die Verteidigung der Heimat im Falle einer Militärangriffsbereitschaft zu erhalten.

Die Bergbewohner haben sich mit Unterstützung des Staates zur Aufgabe gemacht, den natürlichen Reichtum der Insel zu erhalten und die nachhaltige Entwicklung in perfekter Eintracht von Mensch und Natur zu garantieren. •



Die Palme Guano Barbudo wurde exzessiv als Rohmaterial für das Kunstgewerbe genutzt

BEI ANDEREN GELESEN

## Weltweit einzigartige Palme vom Aussterben bedroht

• Von der Palme Guano Barbudo gibt es heute nur noch 400 Exemplare

JULIO MARTINEZ MOLONA  
- Juventud Rebelde

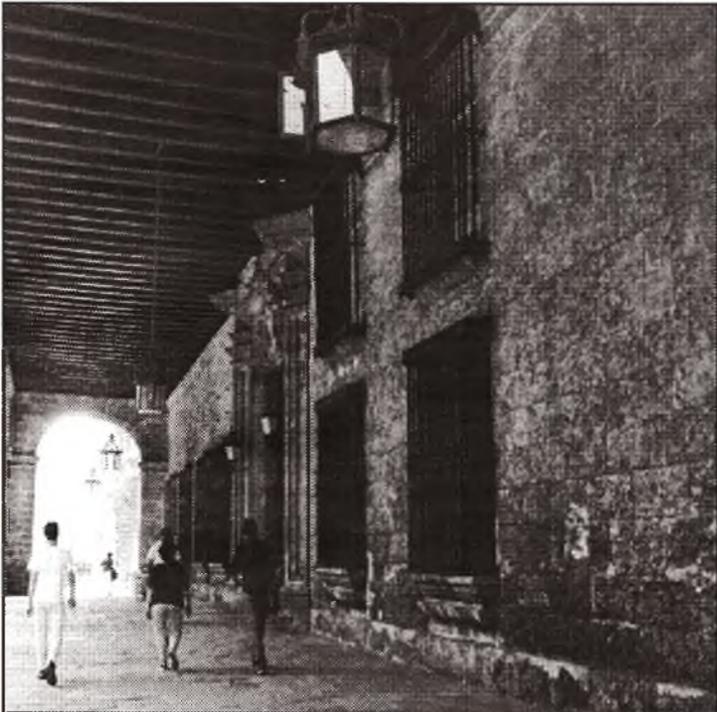
• CUMANAYAGUA, Cienfuegos.- In der letzten Ausgabe der Monatszeitung *Montañés*, die in der mittelmontanischen Provinz erscheint, wurde eine Studie veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß sich die Palme Guano Barbudo, deren Ursprung das Gebiet des Guamuhaya-Massivs in der Provinz Cienfuegos ist, vor dem Aussterben befindet. Die Zeitung, die sich an die Bewohner des vom Plan Turquino erfaßten Gebietes richtet, berichtete, daß der Baum, dessen wissenschaftlicher Name *Coccothrinax Brevicrinis* Borhidi et Muñoz ist, gemäß der Kategorie der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur kurz davor stehe, ausgerottet zu werden.

Es heißt, von dieser Spezies - weltweit einzig in ihrer Art - gebe es gegenwärtig etwa 400 Exemplare in den Zonen von Yaguana-bo, La Yaba, La Campanilla und Río Chiquito, im südlichen Teil des Escambraygebirges.

Die Palme Guano Barbudo wurde exzessiv als Rohmaterial zur Herstellung von Kunstgewerbeartikeln, Seilen, Bürsten, Sieben, Dächern, Pfosten, Zäunen, sowohl von den Einwohnern der Berglandschaft genutzt, als auch von Personen, die sich dieser Arbeit widmen und im Volksmund Peluseros genannt werden.

Vor Jahrzehnten gab es verstreut längs des Bergstreifens des Kreises Cumanayagua noch Tausende Exemplare dieser exklusiven Pflanze.

Als ermutigende Nachricht heißt es allerdings in dem Text auch, ohne dabei in Details zu gehen, "als ob sich die Spezies sträubt, uns gänzlich zu verlassen, ergab eine spontane Kreuzung eine Hybride, die, ohne bisher beschrieben zu sein, in die Liste der kubanischen Flora aufgenommen werden könnte, in der es bis heute 96 Palmenarten gibt." •



Die Frontseite des Palastes in der Straße O'Reilly, Ecke Mercaderes, an der Plaza de Armas

## IN DER ALTSTADT VON HAVANNA

# Der Palast des Segundo Cabo

CORALIA RIVERO  
– für Granma Internacional

• DAS erste öffentliche Gebäude, an dem Dekorationen im Barockstil auftauchen, die für Havannas Bauten aus dem Ende des 18. Jahrhunderts charakteristisch sind, ist das Postgebäude oder der Palast des Segundo Cabo auf der Plaza de Armas (Exerzierplatz).

Die Errichtung dieses Bauwerks wurde von dem kubanischen Ingenieur Antonio Fernández Trebejos geleitet und in den 70er Jahren des 18. Jahrhunderts beendet.

Das Portal besteht aus einem schönen Bogengang von klassischer Reinheit; im Obergeschoß befinden sich drei Mittelfenster und zu beiden Seiten jeweils zwei Fenster, die durch vier Pilaster (aus der Wand hervortretende Pfeiler) gruppiert werden; den Eingang flankieren vier große winkelförmig angeordnete Säulen, und ihn krönen reiche Schmuckelemente, die das zentrale Wappen einfassen. Durch den Eingang sieht man

auf den kleinen quadratischen Innenhof, den flach gewölbte Arkaden umsäumen, die sich auf Säulen und Sockel stützen und eine Komposition rein andalusischen Charakters bilden. Seinen hervorragenden Tiefeneffekt erreicht der Innenhof durch die Aufeinanderfolge von verschieden gearbeiteten Bögen in der Vorhalle und auf der Treppe, die ihm eine charakteristische Ausdrucksstärke verleihen.

Dieses Gebäude beherbergte bis 1820 das Königliche Postamt, danach richteten sich in ihm die Verwaltung des Rechnungs- und Generalschatzamt der Armee ein. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde es zum Amt des Vize-Gouverneurs Segundo Cabo, weshalb das Postamt in ein Gebäude auf dem Platz der Kathedrale, in die Residenz des Markgrafen von Arcos, umzog.

Nach Gründung der Republik wurde 1902 der Senat in dem Gebäude untergebracht, der später, im Jahr 1929, ins Kapitol übersiedelte. Aus diesem Grund wurde der Palast dem Obersten Gerichtshof zugeordnet, wozu Umbauarbeiten durchgeführt wurden. Danach wurde er zum Sitz der Akademien der Geschichte Kubas, der Geographie Kubas, der Schönen Künste und der Spanischen Sprache. Anschließend beherbergte er bis 1965 den Nationalausschuß für Denkmalpflege, dann den Nationalrat für Kultur, den Vorgänger des Kulturministeriums.

Seit 1967 ist der Palast Sitz des Kubanischen Buchinstituts. Gegenwärtig finden dort verschiedene Veranstaltungen, wie die Präsentation und der Verkauf von Büchern, Konferenzen, Ausstellungen und Autorentreffen statt. •

## Gruppe zur Verschärfung der Blockade in Florida gebildet

• MIAMI. – Eine aus Vertretern verschiedener US-Regierungsbehörden bestehende Gruppe wird die Einhaltung der von diesem Land Kuba auferlegten Blockade überwachen und diejenigen "hartnäckig" verfolgen, die sie verletzen. Das berichtete die Bundesstaatsanwaltschaft des Bezirks Süd-Florida am 10. Oktober.

Diese Ankündigung machte der für diesen Bezirk zuständige Bundesstaatsanwalt, Alexander Acosta, in einer Pressekonferenz in Miami, wobei er darlegte, daß das Endziel dieser Aktionen wäre, die kubanische Regierung wirtschaftlich zu "isolieren" und die Zerstörung der Revolution zu "beschleunigen".

Man habe mit anderen Regierungsbehörden eine "spezielle Arbeitsgruppe" gebildet, die "dafür sorgen soll, daß das Programm der Sanktionen gegen Kuba eingehalten wird", und diejenigen "verfolgt" werden, die es nicht erfüllen, sagte Acosta den Journalisten.

Dieser Gruppe der Staatsanwaltschaft mit dem Namen Arbeitsgruppe für die Einhaltung der Sanktionen gegen Kuba gehören außerdem Vertreter folgender Behörden an: FBI, U.S. Immigration and Customs Enforcement (ICE), U.S. Department of Commerce, U.S. Coast Guard, Office of Foreign Assets Control (OFAC) und Customs & Border Protection (CBP).

Der Staatsanwalt verwies darauf, daß Verletzungen der Normen der Kuba auferlegten Blockade mit Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren und Geldstrafen von 250.000 Dollar geahndet werden können. Im Falle von Unternehmen können die Geldstrafen bis zu einer Million Dollar betragen. •

## Kuba prangert in der UNO Funk- und Fernsehaggressionen der USA an

• VEREINTE NATIONEN. – Kuba prangerte vor der UNO am 16. Oktober die zunehmenden Aggressionen der Vereinigten Staaten über Funk und Fernsehen gegen das Land an, für die Washington in diesem Jahr 37 Millionen Dollar ausgegeben hat.

Ileana Núñez, die alternierende Botschafterin Kubas vor den Vereinten Nationen, behandelte die Angelegenheit in einer Rede in der Vierten Kommission der Vollversammlung, in der Informationsfragen behandelt werden.

Sie führte aus, daß diese Radio- und Fernsehaggressionen seit Jahrzehnten praktiziert werden und jetzt zugenommen haben. Seit August werde ein neues Flugzeug vom Typ G-1 verwendet, um die wöchentlichen Fernsehübertragungen von einer auf sechs zu erhöhen.

Sie fügte an, daß am 11. August von zwei Flugzeugen gleichzeitig auf der Frequenz 213 MHz gesendet wurde, wodurch sechs

Sendebereiche mit ebensovielen Stationen, die im Frequenzhauptbuch registriert sind, gestört wurden.

Die Botschafterin äußerte, daß dieser elektronische Radio- und Fernsehkrieg der Vereinigten Staaten gegen Kuba den Inhalt und den Geist zahlreicher internationaler Konventionen und Abkommen über Telekommunikation verletzt.

Núñez unterstrich, daß Sender von den Vereinigten Staaten aus wöchentlich mehr als 2.240 Stunden Radio- und Fernsehprogramme auf 30 verschiedenen Frequenzen nach Kuba ausstrahlen.

Einige dieser Sender sind Eigentum der US-Regierung, andere sind im Besitz oder im Dienste von Organisationen, die mit bekannten, in den USA lebenden terroristischen Elementen in Verbindung stehen und dort gegen Kuba agieren. Und dies in vollem Einverständnis mit den Behörden in Washington, meldete Prensa Latina. •

## ZOOM

### BRANDUNG LÜCK IN DER RAFFINERIE NICO LOPEZ

• BEI einem Brandunglück im Pumpen- und Rohrleitungsbereich der Raffinerie Nico López in Havanna, das nach fünf Stunden schwieriger Arbeit gelöscht werden konnte, verlor der Angestellte des kubanischen Erdölunternehmens CUPET Orestes Valera Pérez das Leben, während Osvaldo Fernández Díaz, ebenfalls Angestellter dieses Unternehmens, mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Die Tageszeitung Granma berichtete, daß die notwendigen Maßnahmen ergriffen und die Kraftstoffversorgung der Bevölkerung und der anderen Kunden garantiert wurden, sowie daß eine Technische Kommission unter Leitung des Ministeriums für Grundstoffindustrie die Unfallursachen untersuche.

### PROJEKT BIOTECHNOLOGISCHER ZUSAMMENARBEIT MIT VIETNAM

• RAMON Ripoll, kubanischer Vizeminister für Ausländische Investitionen und Wirtschaftliche Zusammenarbeit, prüfte mit Le Huan Qua, Präsident des Volksrats der Stadt Ho Chi Min ein Projekt der biotechnologischen Zusammenarbeit beider Länder, berichtet die Agentur PL. Ripoll leitete die kubanische Delegation auf der 14. Sitzung der Zwischenstaatlichen Kommission für Wirtschaftliche und Wissenschaftliche Technische Zusammenarbeit, die in Hanoi stattfand.

### MEHR ALS HUNDERTTAUSEND NUTZNISSER DER VERPFLEGUNGSDIENSTE DER SOZIALVERSICHERUNG

• AUF 101.743 erhöhte sich die Zahl der Personen, die im vergangenen Jahr in den Genuß der Verpflegungsdienste kamen, die das System der Sozialversicherung und -fürsorge in Kuba bietet. Wie die Agentur AIN berichtet, wurde älteren Menschen, Behinderten, Schwangeren und Sozialfällen in 8.127 Einrichtungen des Landes Frühstück, Mittag- und Abendessen angeboten, in einigen Fällen auch frei Haus. Diese Dienste werden größtenteils staatlich subventioniert.

### VERBESSERUNG DER WASSERQUALITÄT DES FLUSSES ALMENDARES

• DER bedeutendste Fluß Havannas, der Almendares, ist weiterhin ziemlich verschmutzt. Der Schaden ist allerdings dank der Umsetzung von Handlungsstrategien rückläufig, berichtet die Tageszeitung *Juventud Rebelde*. Im Workshop *Almendares SOS. Zehn Jahre danach*, der auf Ersuchen der Stiftung Antonio Núñez Jiménez für Natur und Mensch und des Parque Metropolitano de La Habana in der kubanischen Hauptstadt durchgeführt wurde, beteiligten Experten, Wissenschaftler und Leiter staatlicher Einrichtungen den Rückgang der Verschmutzung, die Verbesserung der Wasserqualität sowie die Aufforstung des Hydroregulierungstreifens und angrenzender Bereiche sowie das Ansteigen des Umweltbewußtseins in den angrenzenden Wohngebieten.

### PRODUKTION DES BIOLOGISCHEN FEINDES DER AEDES AEGYPTI WIRD WIEDER AUFGENOMMEN

• IN der Provinzabteilung Camagüey für Über-

wachung und Kampf gegen Krankheitsüberträger werden die Bauarbeiten beschleunigt, um sie unter Einhaltung aller technischen Sicherheitsanforderungen zu beenden und die Produktion des *Bacillus thuringiensis* im industriellen Maßstab aufzunehmen, eines biologischen Mittels, das bei der Bekämpfung der Mücke *Aedes Aegypti* und anderer Insekten im Larvenstadium sehr effektiv ist. Dies informiert die Wochenzeitung *Adelante* der kubanischen Zentralprovinz.

### HISTORIOGRAPHISCHE BIOGRAPHIE KUBAS IN VORBEREITUNG

• DAS Instituto de Historia und die Unión Nacional de Historiadores de Cuba unternehmen die ersten Schritte zur Schaffung der historiographischen Biographie Kubas. Es ist vorgesehen, sie im Jahr 2008 zu vollenden. Wie auf dem 9. Landesseminar der Stadthistoriker bekannt gegeben wurde, das in der Ostprovinz Las Tunas stattfand, besteht das Anliegen darin, eine Datenbank zur Verfügung zu haben, die bei der Erhaltung des Kulturerbes hilfreich ist und künftige Nachforschungen erleichtert, berichtet die Wochenzeitung *Trabajadores* auf ihrer Webseite.

### NEUER VERKEHRSMINISTER

• AUF Vorschlag des Politbüros der Kommunistischen Partei beschloß der Staatsrat, den Verkehrsminister, Carlos Manuel Pazo Torrado, von seinem Amt zu entheben. An seiner Stelle wurde Jorge Luis Sierra Cruz ernannt, der bisher als Sekretariatsmitglied dieser Parteiinstanz tätig war. In einer von der Tageszeitung *Granma* veröffentlichten Mitteilung vom 20. Oktober heißt es, daß "diese Maßnahme aufgrund der diesem wichtigen Bereich zukommenden Priorität getroffen wurde." •

## Wieder Normalzeit in Kuba

NAVIL GARCIA  
– Granma Internacional

• NACHDEM drei Jahre lang in Kuba die Sommerzeit gültig war, hat die Nationale Union für Elektroenergie beschlossen, in diesem Monat Oktober zur normalen Uhrzeit zurückzukehren.

In der Nacht vom Sonnabend, dem 28., zum Sonntag, dem 29. Oktober sollen die Uhren um 01:00 Uhr um eine Stunde, also auf 00:00 Uhr zurückgestellt werden, womit wieder die normale Uhrzeit gilt, die den Kubanern auch als Winterzeit geläufig ist.

Die Maßnahme der Umstellung auf Sommerzeit ist in verschiedenen Ländern verbreitet, da während dieser Jahreszeit die Tage länger sind und das Sonnenlicht mehr ausgenutzt werden kann.

Im Winter sind die Tage kürzer, da es später hell wird und die Sonne eher untergeht. Der Stromverbrauch erhöht sich, da weniger Tageslicht zur Verfügung steht.

Wegen mangelnder Stromerzeugung hatte man in Kuba festgelegt, die Sommerzeit für einen Zeitraum von drei Jahren aufrecht zu erhalten. Gegenwärtig ist das Land jedoch in der Lage, die gesamte erforderliche Elektroenergie zu erzeugen, so daß entschieden wurde, zur normalen Uhrzeit zurückzukehren.

Die Erneuerung der Wärmekraftwerke und ihre Anpassung an die Verwendung von kubanischem Rohöl, die Installation von alternativen Dieselstromaggregaten und die Reparatur des Stromnetzes haben ermöglicht, die Energieerzeugung im Land zu erhöhen und zu garantieren. •

# Kuba erweitert die Anwendung von Hüftprothese-Implantaten

• **Es wird das Modell RALCA verwendet, das Dr. Alvarez Cambras, Direktor des Internationalen Orthopädischen Wissenschaftskomplexes Frank País, entworfen hat und vom französischen Unternehmen PROSTEEL produziert wird**

**LILIAM RIERA**  
- Granma Internacional **FOTOS: ALDO MEDERO**

• „ANDERTHALB Jahre war ich an den Rollstuhl gefesselt. Jetzt, eine Woche nach der Operation, kann ich schon aufstehen und laufen“, sagte Dolores Marcheco, ohne ihre Emotion verbergen zu können. Ihr wurde im Internationalen Orthopädischen Wissenschaftskomplex Frank País in Havanna eine Hüftprothese eingesetzt. Dies geschah im Rahmen eines Programms zur Erweiterung der Anwendung dieser Technik, das seit sieben Jahren in Kuba läuft.

Und um zu zeigen, daß sie nicht lügt, erhebt sich die 77-jährige mit Hilfe ihres Sohnes Armando Hernández vom Bett und macht einige Schritte im Krankensaal, wobei sie sich auf ein Gehgestell stützt. Diese Gelegenheit nutzen wir, um auch bildlich festzuhalten, daß sie sich „ganz perfekt“ fühlt, wie sie bekräftigt.

**EINE OPERATION, DIE WELTWEIT ZWISCHEN 25.000 UND 40.000 DOLLAR KOSTET**

Dolores wird bald aus dem Krankenhaus entlassen werden und kann dann in ihre heimatische Provinz Holguín zurückkehren. Der Stellvertretende Chirurgische Leiter des Krankenhauses, Doktor Aurelio Rodríguez Rodríguez, der sie operiert hat, versichert, daß ihre Genesung ausgezeichnet verläuft, obwohl es sich um einen kompli-

zierten Eingriff handelt. Dieser ist auf der Insel kostenlos, im Ausland müßte man dafür aber zwischen 25.000 und 40.000 Dollar bezahlen.

Im Gespräch mit Granma Internacional unterstreicht der Direktor des Zentrums, Doktor Rodrigo Alvarez Cambras, daß diese angesehene Einrichtung 1969 als erste in Lateinamerika eine Hüftprothese implantierte. Deren heutiger Preis liegt zwischen 1.800 und 3.000 Dollar. In Kuba wird das Modell RALCA eingesetzt, das Doktor Alvarez Cambras entworfen hat und von der französischen Firma PROSTEEL produziert wird. Dieses Modell, das schon in zwei Versionen vorliegt, wird weiter perfektioniert.

Die Prothesen bestehen aus Metall und Polyethylen, überzogen mit Hydroxiapatit, dem hauptsächlich anorganischen Knochenbestandteil. Das Material wird zu diesem Zweck aus der Koralle gewonnen und auch künstlich im Labor hergestellt. Es wird im Nationalen Zentrum für Wissenschaftliche Forschungen produziert, das zum Wissenschaftlichen Pool von West-Havanna gehört.

Das Modell RALCA 2 gibt es in drei Varianten: die zementfreie Hüftprothese, die bei jungen Menschen mit widerstandsfähigen Knochen eingesetzt wird; die zementierte, die bei älteren Menschen mit Osteoporose oder Knochenschwäche zum Einsatz kommt, und die Wechsel-Prothese für die Patienten, die die anderen nicht assimiliert haben.

**AB 2007 WERDEN JÄHRLICH ANNÄHERND 1.500 PROTHESEN IMPLANTIERT WERDEN**

Professor Alvarez Cambras teilte mit, daß ab 2007 im Land jährlich etwa 560 zementfreie Prothesen eingesetzt werden, während es bei den zementierten ungefähr 850 sein werden, und etwa 40 bei den Wechsel-

Prothesen. Insgesamt ergibt das eine Zahl von annähernd 1.500.

Er erklärte, daß gegenwärtig die zementierten in allen Provinzkrankenhäusern Kubas zur Anwendung kommen, außerdem in den hauptstädtischen Krankenhäusern Hermanos Ameijeiras, Cira García und CIMEQ. Der Einsatz der zementfreien hat sich auf die kubanischen Ostprovinzen Santiago de Cuba und Holguín und die Zentralprovinzen Villa Clara und Cienfuegos ausgeweitet. Alle weiteren Provinzen werden im nächsten Jahr dazukommen.

Der angesehene Facharzt wies darauf hin, daß mit der Erhöhung der Lebenserwartung der kubanischen Bevölkerung die Wahrscheinlichkeit von Hüftimplantaten bei Menschen fortgeschrittenen Alters gestiegen ist.

Auf die Frage nach dem Einsatz von Knieprothesen auf der Insel sagte er, daß 1972 in dem von ihm geleiteten Krankenhaus die erste implantiert wurde, und daß das bis vor fünf Jahren sporadisch weiter getan wurde. Dann wurde ein neues, von der französischen Firma IMPLANT INDUSTRIE produziertes Modell (KALISTE) eingeführt, das Kuba für etwa 1.300 Dollar erwirbt.

Diese Knieprothesen kamen in diesem Jahr erstmalig in den Provinzen Santiago de Cuba, Camagüey, Cienfuegos und Villa Clara zum Einsatz. Im Jahr 2007 wird es im ganzen Land geschehen.

Der Internationale Orthopädische Wissenschaftskomplex Frank País, der nur 12 km vom Zentrum der Hauptstadt entfernt liegt, ist wegen seiner fachärztlichen Behandlung im Bereich der orthopädischen Chirurgie, Traumatologie und Rehabilitation weltweit anerkannt. •



**Die von Doktor Alvarez Cambras geleitete Einrichtung setzte 1969 als erste Lateinamerikas eine Hüftprothese ein**



**Dolores ist stolz über ihre ersten Schritte, nachdem sie anderthalb Jahre nicht laufen konnte**

# Fidel ist im Herzen jedes einzelnen von uns

• **Armeegeneral Raúl Castro sprach auf ihrem 4. Kongreß zu den Pionieren**

**RAISA PAGÉS UND MARNI FIALLO**  
- Granma Internacional

• AUCH wenn Fidel nicht persönlich anwesend war, nahm er doch einen wichtigeren Platz ein, den im Herzen jedes einzelnen von uns, erklärte Armeegeneral Raúl Castro Ruz in seiner Rede zum Abschluß des 4. Kongresses der Pionierorganisation José Martí (OPJM), der zwei Tage lang im Palast der Konventionen tagte.

„Er wird diese Veranstaltung sehr genießen und beim Anblick dieser ruhigen, disziplinierten und feierlich gestimmten Kinder, dieser schönen grünen Blume, die ihr symbolisiert, hoch erfreut sein.“

Raúl erinnerte an die Antwort des kubanischen Staatschefs, als die Pioniere auf dem Dritten Pionierkongreß riefen: Fidel, Fidel, ¿que tiene Fidel, que los americanos no pueden con él? (Fidel, Fidel, was hat wohl Fidel, daß die Amerikaner nicht mit ihm fertig werden?) „Ich habe euch“, antwortete er vor fünf Jahren. Niemand wird auch nur im geringsten daran zweifeln, daß er mit dieser Antwort Recht hatte.

Wenn Fidel wieder gesund ist, werde er an einer feierlichen Sitzung mit den Delegierten dieses 4. Pionierkongresses teilnehmen, äußerte Raúl, der diesen Vorschlag auf Initiative von Carlos Lage unterbreitete. Die Nachricht rief einen Freudenausbruch im Kongreß hervor.

„Wir müssen von Fidel fordern, daß er gesund wird, und ich werde es ihm in eurem Namen sagen. Diese feierliche Sitzung werde ich mir nicht entgehen lassen“, ergänzte Raúl.

## STÄNDIGE BESSERUNG

Der Zweite Sekretär der Partei dementierte die Verfassungen der Presse in Miami und den gesamten USA



**Olivgrün gekleidete Kinder feiern auf der Bühne des Kongresses dessen erfolgreiche Durchführung gemeinsam mit Raúl, Miriam Yanet Martín, der Vorsitzenden der Pionierorganisation José Martí, und Julio Martínez, dem ersten Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes**

über die Krankheit von Fidel. Seine Besserung schreite ständig voran. Wie er jedoch in seiner Bekanntmachung bemerkte, brauche seine Genesung ihre Zeit. Er habe ein Telefon an seiner Seite und mache immer mehr von ihm Gebrauch.

Der Minister der FAR sagte, daß er am Freitag, dem 6. 10. um 20:30 Uhr eine Besprechung mit dem Revolutionsführer hatte, die Uhrzeit war von ihm festgelegt worden, an der ferner der Vizepräsident des Staatsrates, Carlos Lage, und Außenminister Felipe Pérez Roque teilnahmen. Fidel habe dabei verschiedene Anweisungen zu Staatsangelegenheiten gegeben.

Als er sich an Anekdoten aus dem Befreiungskrieg erinnerte, bekannte er, daß ihm aus dem persönlichen Tagebuch, das er während der ersten 80 Tage nach der Landung der Granma geführt hatte, am meisten die Aufzeichnungen vom Januar 1957 gefielen, in denen es um den Kampf um La Plata ging, den ersten Sieg der Rebellenarmee.

Bei jener Gelegenheit notierte er: „In der Ferne sah ich die Flammen der Freiheit über den Kasernen der Unterdrückung lodern. Auf ihrer Asche werden wir eines Tages Schulen bauen.“

„Alles, was die Revolution unter der präzisen Leitung des Größten Pioniers, wie ihr ihn nennt, im Bereich der Bildung geleistet hat, rührt mich zutiefst“, äußerte er.

## MILITÄRPARADE AM 2. DEZEMBER

„Sie dürfen sich über dieses kleine Land nicht täuschen, das ein großartiges, ruhiges Volk beherbergt, denn wenn sie sich mit uns anlegen, werden sie auf eine irdische olivgrüne Masse stoßen, auf ein Wespennest, wie Fidel bei einer Gelegenheit sagte. Wir wünschen das Beste für unser Volk, aber sie wünschen ihm das Schlechteste“, sagte er in Bezug auf die Feinde der Revolution.

Raúl gab bekannt, daß am kommenden 2. Dezember in der Hauptstadt des Landes zu Ehren des 50. Jahrestages der Revolutionären Streitkräfte eine Militärparade stattfinden wird, auf der die Modernisierung der Ausrüstung vorgeführt wird.

Eine weitere Militärparade werde am kommenden 30. November in Santiago de Cuba stattfinden, und zwar anlässlich des 50. Jahrestages des Aufstandes dieser Stadt zur Unterstützung der Ankunft der Expeditionsteilnehmer der Jacht Granma, teilte er mit.

Neben Raúl waren die Mitglieder des Politbüros José Ramón Machado Ventura, Esteban Lazo und Carlos Lage, sowie weitere Mitglieder des Sekretariats anwesend. Ebenfalls nahmen Leiter des Kommunistischen Jugendverbandes, der Verbände der Universitätsstudenten und der Schüler der Sekundarschulen und des Bildungsministeriums teil. •

## FIDEL DEMENTIERT SPEKULATIONEN ÜBER SEINEN GESUNDHEITZUSTAND

## "Meine Genesung verläuft wie vorgesehen"

• PRÄSIDENT Fidel Castro dementierte persönlich Spekulationen über eine angebliche Verschlechterung seines Gesundheitszustandes und versicherte, daß seine Genesung nach dem chirurgischen Eingriff wie vorgesehen verlaufe.

Das kubanische Fernsehen übertrug am Samstag, dem 28. Oktober, Bildaufnahmen, die den Revolutionsführer zeigten. Man sah, wie er spricht und die Titelzeilen der Tagesausgabe der Zeitungen Granma und Juventud Rebelde laut vorlas. Er kritisierte gleichfalls die Spekulationen, die seine Gesundheit betreffend weltweit in verschiedenen Veröffentlichungen zirkulieren.

"Jetzt, wo mich unsere Feinde vorzeitig für sterbend oder tot erklärt haben, macht es mir Freude, meinen Landsleuten und den Freunden in der Welt dieses kleine Filmmaterial zu senden, obwohl ich darauf bestehe, wie ich seit langem sage, daß die Genesung lange dauern wird und nicht risikofrei ist; aber ich erhole mich wirklich so, wie es vorgesehen war", sagte Fidel.

"Ich beteilige mich an vielen Dingen und verfolge die wichtigsten Nachrichten im Fernsehen. Ich nehme auch zusammen mit den Genossen der Partei- und Staatsführung an vielen der wichtigsten Entscheidungen teil. Ich tue alles mir mögliche, um die Genossen zu unterstützen, um nützlich zu sein, und ich bin zufrieden", fügte er hinzu.

Anschließend zeigte er eins von den Telefonen, die er täglich für zahlreiche Anrufe benutzt.

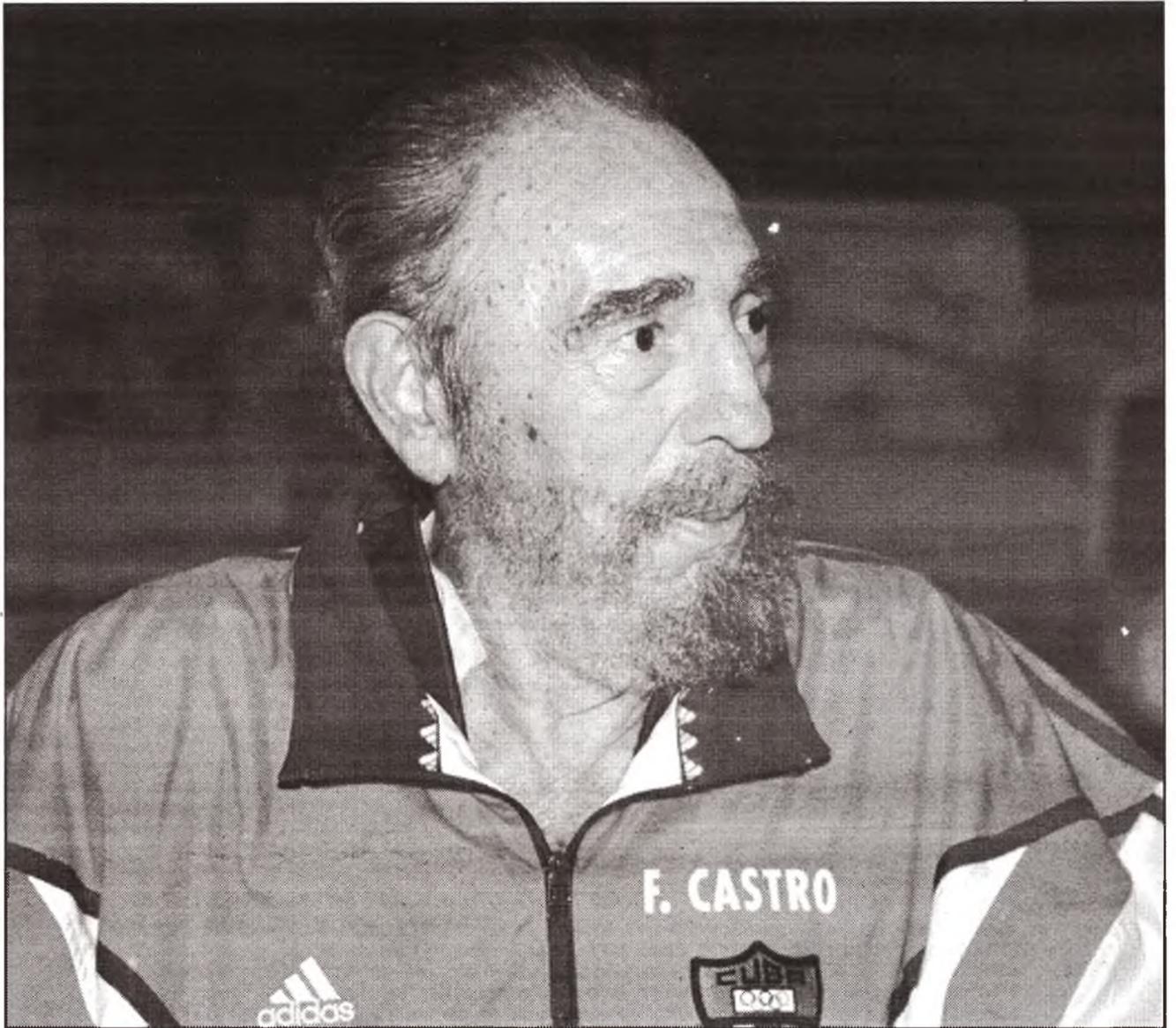
"Wir werden sehen, was sie jetzt sagen. Jetzt werden sie mich vom Tode erwecken müssen, nicht wahr? Ich war nicht darüber besorgt, habe keine Angst vor dem, was geschehen kann, aber sie machen sich lächerlich", sagte er.

"Im venezolanischen Fernsehen war eine Zeitung zu sehen, die berichtete: Castro liegt im Sterben, Castro tot. Unsinn. Im Gegenteil, sie spomen mich zum Arbeiten und zum Kämpfen an", erklärte er in der Videoaufzeichnung, in der er auch stehend erscheint, und man ihn sieht, wie er Armübungen und einige Schritte macht.

"Ich weiß, daß die Probleme in der Welt sehr kompliziert und sehr ernst sind, und sie tauchen überall auf. Und ich fühle mich dazu verpflichtet, wie wir uns alle verpflichtet fühlen müssen, besondere Anstrengungen zu unternehmen, um der Menschheit eine fatale Katastrophe zu ersparen", bemerkte er und fügte dann hinzu:

"Ich möchte weiter keine Ausführungen machen, aber da ich alle Nachrichten sehe, nie in meinem Leben habe ich so viele Nachrichten gesehen, habe ich das Panorama aus der Nähe beobachten können. Und ich kämpfe immer für etwas, und immer mit Optimismus!"

"Deshalb habe ich Sie gebeten, zu kommen und einige Fotos zu machen", schloß er, bevor er energisch die historische Losung ausrief: "Patria o Muerte, Venceremos!" •



## Es gab viele Verfälschungen bei Berichten über die Krankheit von Fidel

• Erklärungen des Präsidenten des kubanischen Parlaments, Ricardo Alarcón de Quesada • Europa sollte sich auf eine zweite Entdeckung vorbereiten, die eines Amerikas in Aufruhr

...ENE ALONSO

• RICARDO Alarcón de Quesada, seit 1993 Präsident der Nationalversammlung des Poder Popular Kubas, lächelt, wenn er sich an den Tag erinnert, als der Welt die Krankheit von Fidel Castro und seine Einweisung in ein Krankenhaus bekanntgegeben wurde. "Jetzt geht es ihm wirklich ganz gut", stellt er klar.

An jenem Nachmittag hatte ich mich mit Fidel unterhalten und wir amüsierten uns sehr, als wir darüber sprachen, was nach der Bekanntgabe passieren würde. Wir hatten erraten, was dann geschah: Schlagzeilen und Spekulationen jeder Art. Zum Teil ist das auch eine Anerkennung der Persönlichkeit Fidels, nicht einmal seine Feinde können ihn ignorieren. Aber es gab auch viel Verfälschung und ziemlich viel Unsinn. Der Presse nach schien das Land vor einer sozialen und politischen Katastrophe zu stehen. Und es war der ruhigste Ort der Welt.

Alarcón kam nach Oviedo, um an dem 2. internationalen Seminar *Die Menschheit gegen den Imperialismus: Ideen für das 21. Jahrhundert* teilzunehmen, das im Theater Filarmonica stattfindet.

*Sie sind zum ersten Mal in Oviedo. Was hat Sie hergeführt?*

Versammlungen dieser Art sind wichtig. Erstens wegen des menschlichen Kontakts, den

weder das Internet noch die Mobiltelefone ersetzen. Aber zweitens ist der Ideenaustausch sehr wichtig, die Debatte, in der versucht wird, gemeinsame Wege festzulegen. Ich denke, es ist ein Fehler zu glauben, daß die Theorie keine Auswirkung auf die Praxis habe. Die Welt verändert sich und zu einem großen Teil trägt die Theorie zu diesen Änderungen bei. Dafür gibt es viele Beispiele.

*Wie das kubanische System, das viele Änderungen überlebt hat, nicht wahr?*

Das stimmt, die kubanische Revolution stammt aus dem Zeitraum des Kalten Krieges. Sie hat die Zeit der friedlichen Koexistenz durchlebt, kam in die Zeit des Scheiterns des sogenannten realen Sozialismus. Jetzt leben wir schon mehr als fünfzehn Jahre lang in einer unipolaren Welt und wohnen jetzt auch dem Sturz dieser Welt bei. Als ich Student war, schien es so, als ob die Geschichte in größeren Zeitabschnitten abliefe, es gab hundertjährige Kriege, und jetzt sind die Zeitabschnitte kürzer, und wir werden noch viel mehr Änderungen erleben.

*Aber Kuba steht weiter im internationalen Blickpunkt.*

Die gesellschaftlichen Kommunikationsmittel hängen im großen Maße von den Informationsagenturen ab, und in dieser Hinsicht gab es ziemlich viele Manipulationen über Kuba. Es gibt viele Wolken zwischen dem Individuum und der Realität, die wohl überlegt dort positioniert wurden. Dafür hat Noam Chomsky einen guten Ausdruck, der die Gesellschaft der USA definiert. "Es ist eine historische Reihe von Lügenhäusern, eins auf dem anderen gebaut." Stell dir das arme menschliche Wesen unter diesem Wolkenkratzer von Lügen

vor. Und darunter sind auch die Journalisten. Wie soll man sich mit der realen Welt auseinandersetzen, wenn es so schwierig ist, an sie heranzukommen? Die Leute wissen das intuitiv und nehmen den Medien Glaubwürdigkeit. Aber jetzt gibt es wirkliche Alternativen.

*Welche?*

Vor 20 Jahren mußte man auf einen Brief aus Indonesien warten, bis ein Schiff aus Asien kam. Eine in einer Zeitung gelesene Nachricht zu vertiefen, ist jetzt eine Minutensache. Man ruft in Djakarta an und die Angelegenheit ist erledigt. So war das auch bei den Anschlägen vom 11. März, die Leute wurden über Mobiltelefone mobilisiert.

*Man kann das politisch ausnutzen?*

Das kann sein, aber mehr als die politische Nutzung der Technologien interessiert mich die Möglichkeit der Echtzeit-Kommunikation.

*Die andere Sache heutzutage ist das fehlende Engagement.*

An einigen Orten sind die Leute gestrandet, sind vom Konsumterror und dem persönlichen materiellen Gewinn besessen. Aber in Lateinamerika ist die Gesellschaft sehr bewegt, man braucht nur an Ecuador, Bolivien, Uruguay, Brasilien... zu denken, dort sieht man einen Aufbruch. Man kann nicht vom Planeten als ein einheitliches Ganzes sprechen und die Welt von Europa aus betrachten. Wirklich, Europa sollte sich auf eine zweite Entdeckung Amerikas vorbereiten, eine Wiederentdeckung.

*Steht Hugo Chávez an der Spitze dieses Lateinamerikas?*

Chávez und die bolivarianische Revolution sind heute ein Schlüssel des Prozesses, aber ich glaube nicht, daß er damit einverstanden

wäre, als "der Kopf" bezeichnet zu werden. Man darf die erste indigene Regierung, die von Evo Morales, nicht vergessen. Er war vor zwei Jahren in Oviedo, hat man mir gesagt, und kaum jemand hat sich damals vorgestellt, daß er Präsident seines Landes werden würde.

*Gibt es eine Form, alle nationalen Interessen im Weltmaßstab in Übereinstimmung zu bringen?*

George Bush glaubte, daß er sie in Übereinstimmung bringen könnte. Sieh, wie sich die Welt in zehn Jahren geändert hat. Nixon wurde gezwungen zurückzutreten, weil er gelogen hatte, Bill Clinton wurde politisch abgeurteilt, weil er bezüglich seiner Beziehung zu Monica Lewinsky gelogen hatte, und von George Bush wissen wir, daß er absichtlich gelogen hatte, als er sagte, daß Massenvernichtungswaffen vorhanden wären, aber nichts passiert.

*Was ihn beunruhigt, ist der islamische Terrorismus.*

Es gefällt mir nicht, dem Terrorismus bestimmte Namen voranzustellen. Was wäre, wenn wir die Antikubaner christliche Terroristen nennen würden, weil sie katholisch sind? Das wäre eine Beleidigung für die Christen. Der Terrorismus ist eine Abnormität, die beseitigt werden muß, aber durch eine kluge Haltung, nicht durch Heuchelei.

*Welches ist Ihre Stellung zur nuklearen Aufrüstung Koreas?*

Die Situation beunruhigt uns. Die einzige Form, um die Vermehrung, also die Ausbreitung der nuklearen Waffen zu beenden, ist eine allgemeine nukleare Abrüstung.

*(Auszug aus der digitalen Ausgabe La nueva España) •*

# “Genug der Papiere: Freiheit für die fünf Kubaner!”

• Angehörige der kubanischen Antiterroristen fordern deren Freilassung • Treffen mit britischen Parlamentariern

SUNDRED SUZARTE MEDINA  
- Granma Internacional

• ALS Solidaritätsbezeugung mit den fünf Kubanern, die wegen ihres Kampfes gegen den Terrorismus in den Vereinigten Staaten gefangen gehalten werden, fand im kubanischen Institut für Völkerfreundschaft in Havanna ein Treffen von britischen Parlamentariern mit Angehörigen der Gefangenen statt.

Die Delegationsmitglieder interessierten sich für das gegenwärtige Befinden der fünf und dafür, wie die Angehörigen die Situation insgesamt einschätzten, die sie als „vollkommen ungerecht und einen politischen Akt von Feigheit und Einschüchterung“ bewerteten.

Die Angehörigen erklärten, daß die fünf weiter in den gleichen isolierten Gefängnissen die ihnen auferlegten Strafen verbüßen und wie gewöhnliche Gefangene behandelt werden.

Gleichzeitig erläuterten sie, wie die Regierung der Vereinigten Staaten die Besuche erschwert. Olga Salanueva, die Ehefrau von René González, sagte, daß die USA-Regierung ihr ganz eindeutig dargelegt habe, daß sie kein Visum mehr beantragen solle, da sie es ihr nicht geben werden.

Die Ehefrauen und Mütter der fünf bedankten sich auch für die internationale Solidarität mit den Kubanern.

Olga nutzte die Gelegenheit, um die wahren Absichten der US-Regierung und die fehlende Transparenz des US-Justizsystems aufzuzeigen.

“Was hier in juristischer Hinsicht abläuft, ist etwas, was wir nicht weiter dulden können. Sie haben vor, diesen Prozeß unendlich hinauszuzögern, damit diejenigen mit den kürzeren Haftstrafen diese verbüßen, und die drei, die zu lebenslanger Haft verurteilt sind, im Gefängnis sterben.”

“Im vorigen Jahr errangen wir einen Sieg, da es drei ehrenhafte Richter mit Ethik gab, die an die Öffentlichkeit brachten, daß das Gerichtsverfahren ein einziger Betrug war. In diesem Jahr erhielten wir allerdings eine völlig entgegengesetzte Antwort. Das Elfte Bezirksgericht war fast vollständig so unmoralisch zu erklären, die Rattenhöhle von Süd-Florida wäre ein idealer Ort für ein gerechtes Verfahren gegen jene, die gegen den Terrorismus kämpfen.”

“Jetzt müssen wir abwarten, bis diese Richter die gesamte Akte wieder neu überprüfen, und bestenfalls, wenn es zu unseren Gunsten ausgeht, kann die Staatsanwaltschaft dann wieder Berufung einlegen. Deshalb sagen wir, alle,



Hunderte US-Amerikaner demonstrierten Ende September in 30 Städten und forderten die Befreiung der fünf Kubaner. In Washington führte die Demonstration vor dem Weißen Haus vorbei

die sich uns anschließen, und insbesondere wir, die Angehörigen, daß es genug ist mit Gerichtsverfahren, genug damit, Schriftstücke herauszugeben und Schriftstücke zu überprüfen. Es gibt nur eine Wahrheit: Sie müssen freigelassen und außerdem als Helden ausgezeichnet werden.”

Elizabeth Palmeiro, die Ehefrau von Ramón Labañino, hob die Heuchelei der Vereinigten Staaten in ihrem öffentlich ausgerufenen Kampf gegen den Terrorismus hervor. “Es handelt sich um fünf Kubaner, die gegen einen Terrorismus gekämpft haben, der von den US-Behörden nicht als solcher anerkannt wird.”

Zu dieser Erklärung äußerte der walisische Abgeordnete Adam Price: “Wir teilen das Gefühl jener Menschen, die mit Beklemmung und Schmerz sehen, wie die Vereinigten Staaten sagen, daß sie gegen den Terrorismus kämpfen, aber gleichzeitig eine andere Art Terrorismus schützen.”

Ian Gibson versprach den Angehörigen und dem kubanischen Volk, im Vereinigten Königreich und in der ganzen Welt die Freilassung der fünf weiter zu fördern.

## BUCHVORSTELLUNG IN DEN USA

Das Internationale Komitee für die Befreiung der fünf hat in mehreren US-amerikanischen Städten das von Salim Lamrani zusammengestellte Buch *Terrorismus der USA gegen Kuba - Der Fall der Fünf* vorgestellt, das Essays weltbekannter Schriftsteller und Intellektueller, wie Noam Chomsky, Saúl Landau und Piero Gleijeses vereint.

Das Werk, das in den USA keinerlei Verbreitung hatte, wird von den Autoren selbst vorgestellt, die es schon in New York, Massachusetts, Boston und Washington präsentiert haben.

## DIE WELTWEITE SOLIDARITÄT NIMMT WEITER ZU

In allen Teilen der Welt erhält der Kampf um die Befreiung der fünf weiteren Aufschwung.

In Laos war er das Zentralthema auf einer Veranstaltung in der Akademie für Nationale Verteidigung Kaysone Phomvihane, an der mehr als 200 Kadetten und Offiziere zusammen mit Mitgliedern von Freundschaftsgesellschaften mit Kuba und Vertretern der Regierung und der Revolutionären Volkspartei teilnahmen.

Die Filiale der Vereinigung der Freunde Kubas der südafrikanischen Provinz North West wurde offiziell auf einem in diesem Land organisierten Festakt gegründet. Mit dieser neuen Filiale ist die Solidaritätsorganisation mit Kuba in fünf der neun Provinzen Südafrikas vertreten.

Außerdem hat der Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft Kuba-Kenia, Julius Mwandawiro, eine Botschaft der Unerschütterlichkeit und des Widerstandes an “die fünf kubanischen Kämpfer gegen den Terrorismus, die Gefangene in den Vereinigten Staaten sind” übermittelt.

Auch im Moskauer Polytechnischen Institut für Wirtschaftsführung fand unter Teilnahme von Hunderten Studenten und Dozenten eine Konferenz über die fünf statt. •

# Die Blockade ist ein richtiger Wirtschaftskrieg

• Erklärung des Ausschusses für Internationale Beziehungen des kubanischen Parlaments

SEIT 47 Jahren haben die Vereinigten Staaten systematisch und ununterbrochen eine grausame Blockade über Kuba aufrecht erhalten, faktisch einen richtigen Wirtschaftskrieg, der darauf gerichtet ist, das kubanische Volk in Hunger und Verzweiflung zu stürzen, und dessen Absicht vom ersten Moment an der Sturz der kubanische Revolution war.

Niemals vorher in der Menschheitsgeschichte wurde ein Volk einer so grausamen und feindlichen Politik unterworfen, wie es die aufeinanderfolgenden Regierungen der Vereinigten Staaten dem kubanischen Volk gegenüber getan haben. Vom ersten Tag des revolutionären Siegs im Jahr 1959 an zögerten die Regierenden der USA nicht, Maßnahmen anzuwenden, die das klar definierte Ziel hatte, Hunger und Verzweiflung zu verursachen.

Bis heute hat diese gegen Kuba gerichtete Politik der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die auch Druck auf dritte Länder einschließt, nicht aufgehört, sondern sie hat sich trotz des praktisch einmütigen Widerstandes der ganzen Welt ausgeweitet und verschärft. Heute, wie vor 50 Jahren, unternimmt die Regierung des Imperiums weiter vergebliche Versuche, um dem ganzen Volk Leiden zu bereiten und die Zerstörung der kubanischen Revolution zu erreichen.

Das kubanische Volk und seine Regierung haben nicht aufgehört, vor der Öffentlichkeit die Ungerechtigkeit und Grausamkeit dieser Politik anzuklagen, deren Auswirkungen nicht nur ökonomischer Art, sondern auch sozialer und psychologischer sind und uns gezwungen haben, während all dieser Jahre übermenschliche Anstrengungen zu unternehmen.

Die Nationalversammlung des Poder Popular der Republik Kuba hat erklärt, daß die von der US-Regierung über Kuba verhängte Wirtschaftsblockade gemäß der am 9. Dezember 1948 von der UNO-Vollversammlung beschlos-

senen Konvention “Über die Verhütung und Bestrafung von Genozid-Verbrechen” ein internationales Genozid-Verbrechen darstellt. Die Blockade war und ist gerade eine Maßnahme, die “mit dem Ziel durchgeführt wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Bevölkerungsgruppe völlig oder teilweise zu vernichten”, so, wie es die Konvention definiert.

Die Blockade hat Kuba nicht nur unentbehrliche Lieferungen aus dem Ausland verwehrt, sondern auch Märkte für seine Produkte, für einen normalen Handel unerlässliche Kredite, hat ihm den Zugang zu Lebensmitteln und Medikamenten versperrt, zu medizinischen Geräten, sanitären Mitteln zur Bekämpfung von Plagen und Krankheiten; hat generell die wirtschaftliche Entwicklung in jedem Sinn behindert und Schäden verursacht, die sich nach konservativen Berechnungen auf mindestens 86 Milliarden Dollar belaufen.

Und es ist gerade dieser Akt des Völkermords gegen das kubanische Volk, von den Vereinigten Staaten zynischerweise mit dem versüßenden und anscheinend unschädlichen Begriff des “Embargos” bezeichnet, der in den 47 Jahren immer mehr verschärft und ausgeweitet wurde.

Am 8. November wird in der UNO-Vollversammlung zum 15. Mal eine Resolution angenommen werden, die die sofortige Beendigung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der Vereinigten Staaten gegen Kuba fordert und im vergangenen Jahr die Unterstützung von 182 Ländern hatte.

Der Ausschuß für Internationale Beziehungen des kubanischen Parlaments schließt sich als Teil des kubanischen Volkes der schon weltweiten Forderung nach Beendigung der brutalen Blockadepolitik an und fordert von Parlamentariern und Parlamenten, von der internationalen Gemeinschaft insgesamt, konkrete und wirksame Aktionen zu diesem Zweck, um so unseren Kampf zur Verteidigung der elementarsten Prinzipien der Gerechtigkeit, des Rechts auf Leben, auf Frieden und auf die Freiheit aller Völker zu unterstützen. •

## BRIEFKASTEN

### DER FEIND MEINES FEINDES ....

Zu dem oben genannten Thema erhielten wir in den letzten Tagen zwei Leserbriefe, die sich auf unterschiedliche Artikel, aber den gleichen Gegenstand beziehen.

Mathias Kohler aus Mannheim kritisiert die von unserer Kollegin Elsa Claro in ihrem Artikel “Schlappe im Libanon frustriert Israel!” (in unserer Septemhernummer) vermeintlich zu positive Haltung der Hisbollah gegenüber. Leider ist es mir bisher nicht gelungen, von ihr dazu eine Stellungnahme zu bekommen.

In die gleiche Kerbe schlägt Raimund Jungbauer aus München. Er lobt zwar ausdrücklich unsere Berichterstattung über den Gipfel der Nichtpaktgebundenen Staaten in der Oktobernummer, hätte sich aber doch auch kritische Anmerkungen zu dem “einen oder anderen umstrittenen Regierungschef” gewünscht. Das ist verständlich, ob-

wohl anzumerken ist, daß die von ihm vorgeschlagenen nun gerade von den Medien der imperialistischen Zentren als “umstritten” abgestempelt werden. Es gäbe da sicher noch einige andere Beispiele im Rahmen der 118 Staaten der Bewegung, für die diese Bezeichnung ebenso oder noch mehr zutrifft.

Wie dem auch sei, Kuba sah es jedenfalls nicht als opportun an, diese Diskussion im Rahmen der Berichterstattung über einen für den Süden enorm wichtigen Gipfel zu führen, auf dem es zudem noch den Vorsitz der Bewegung übernahm. Das kann man richtig oder falsch finden, es ist nun mal so.

Richtig finde ich es auf jeden Fall, darauf hinzuweisen, daß der Feind meines Feindes nicht unbedingt mein Freund sein muß, und daß man in jedem konkreten Fall dessen Beweggründe analysieren sollte, bevor man sich mit ihm verbündet. Jetzt aber zu den beiden Briefen:

Sehr geehrter Herr Richert, ich bin seit vielen Jahren Mitglied der FG BRD-Kuba sowie seit vielen Jahren auch Leser der deutschen Granma-Ausgabe und betrachte mich als Freund des kubanischen Volkes. Nicht einverstanden bin ich jedoch mit der Haltung, die die Granma (und damit auch die KP) zum jüngsten Nahost-Krieg eingenommen hat. Die ein-

seitige Parteinahme für die Gotteskrieger der Hisbollah, die angesichts ihrer finanziellen Hilfen an die Familien, die ihre Wohnung oder ihr Haus verloren haben, gelobt wird, ist für eine fortschrittliche Zeitung unerträglich.

Die Gotteskrieger der Hisbollah, die von Syrien und dem Iran finanziell und ideologisch getragen werden, und die den jüdischen Staat vernichten wollen, verfolgen politische Ziele und ein Gesellschaftssystem, in dem letztlich auch die Linke verfolgt und vernichtet werden wird. Mit solchen antisemitischen und reaktionären Leuten sollte man keine Gemeinsamkeiten pflegen bzw. ihnen gegenüber keine Sympathie zeigen.

Die Welt ist nun mal nicht nur in den Farben Schwarz und Weiß zu sehen. Nicht jeder Feind der USA – oder Israels – ist damit automatisch ein Freund oder Bündnispartner der Linken. Dies galt schon im Irakkrieg und gilt jetzt auch im Nahostkonflikt. Mit freundlichen Grüßen Mathias Kohler

Erfreulicherweise informierte die Granma über den Gipfel der Nichtpaktgebundenen Staaten und die wichtigen Bemühungen der 118 Mitgliedsländer, die UNO demokratisch zu reformieren. Unsere angeblich ach so demokratischen und objektiven Medien berichteten nur sehr wenig darüber, obwohl die Mehrheit der Länder dieser Erde dort vertreten

war. Vielleicht hatten unsere Redakteure wegen des Veranstaltungsortes Havanna eine Schreibblockade oder unsere öffentlich-rechtlichen Reporter sind begeistert in einem Salsaschuppen der kubanischen Hauptstadt versumpft anstatt zu berichten. Da die Sitzungen der Staats- und Regierungschefs sogar live im Fernsehen übertragen wurden konnte sich ja niemand auf eine Zensur oder Geheimhaltung herausreden.

Von der Granma hätte ich mir obendrein aber erwartet, den ein oder anderen umstrittenen Regierungschef aus Ländern wie Iran, Weißrussland oder Simbabwe kritisch zu interviewen. Das leisten sogar unsere bürgerlichen Medien teilweise. Sicher ging es bei der Veranstaltung primär um die ungemünzte Bildung eines Gegengewichts zu den USA und ihren imperialistischen Verbündeten. Wenn man aber nach der Devise “Der Feind meines Feindes ist mein Freund, egal welche Ziele er verfolgt” verfährt, verliert man insgesamt gesehen an Glaubwürdigkeit. Schade ist das auch, weil eventuelle Fehlinformationen unserer bürgerlichen Medien über diese genannten Länder hätten berichtigt werden können. Hasta la verdad siempre Raimund Jungbauer •

# Es werden immer weniger Kubaner geboren

• **Gleichzeitig erhöht sich die Lebenserwartung der Inselbewohner, die heute schon bei 77 Jahren liegt**

ORFILIO PELAEZ  
FOTOS RAUL LOPEZ – Granma

• OBWOHL sie nicht unter den Problemen auftaucht, die das tägliche Leben der Bürger belasten, ist die Überalterung der Bevölkerung eines der besorgniserregendsten Probleme der kubanischen Gesellschaft von heute.

Aber sie stellt sich noch beunruhigender dar, wenn man die beschleunigte Abnahme der Geburten berücksichtigt.

Die folgenden Daten illustrieren das Ausmaß dieses Problems. Seit 28 Jahren liegt die Geburtenrate des Landes unter dem Reproduktionsniveau der Bevölkerung, da je Frau im gebärfähigen Alter weniger als ein Mädchen geboren wird.

Daraus ergibt sich ein beachtlicher Geburtenrückgang. Gab es in den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts noch durchschnittliche Zahlen von 250.000 Entbindungen pro Jahr, so waren es im Jahre 2005 nur noch wenig mehr als 120.000, obwohl es eine Million Frauen mehr im gebärfähigen Alter gab.

Da die Lebenserwartung der Kubaner heute bei 77 Jahren liegt, verschiebt sich die demographische Entwicklung in Richtung eines nachhaltigen Wachstums der Gruppe der über 60jährigen (sie stellen heute schon etwa 16% der Gesamtbevölkerung dar und werden 2025 26% ausmachen), während die Gruppe zwischen 0 und 14 Jahren ständig abnimmt.

## GRÜNDE FÜR DEN GEBURTENRÜCKGANG

Für Juan Carlos Alfonso Fraga, den Direktor des Instituts für Bevölkerung und Entwicklung beim nationalen Büro für Statistik, ist der Rückgang der Geburtenrate in den letzten dreißig Jahren die Hauptursache für die Bevölkerungsalterung in Kuba und sie wird zweifellos auch spürbare Auswirkungen u.a. auf die soziale Sicherheit, das Gesundheitswesen, den Arbeitsmarkt und die Erneuerung des wissenschaftlich-technischen Potentials haben.

Die Gründe, die zu dieser Situation führen und deren Tendenz schwer umzukehren ist, hängen nach Ansicht von Juan Carlos vor allem mit der veränderten Situation für die kubanischen Frauen in der Gesellschaft zusammen. Dazu zählen nicht nur ihre massive Eingliederung in den Arbeitsprozeß und ihr hohes Niveau in den Bereichen Ausbildung, Kultur und beruflicher Chancen zusammen, sondern auch der freie Zugang zu Verhütungsmitteln und die Garantie einer befriedigenden Versorgung im Bereich der Sexualmedizin sowie sichere Möglichkeiten zur Schwangerschaftsunterbrechungen.

"Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten zeigen, daß es heute nichts außergewöhnliches ist, auf Frauen zu treffen, die nicht mehr als ein Kind haben wollen oder sogar keines, denn das würde sie in einem Umfeld, das immer mehr vom Wettbewerb geprägt ist, zu sehr in ihrem gesell-

schaftlichen Ansprüchen hemmen", betont der Wissenschaftler.

Aber es gibt auch materielle Probleme, die auf den Niedergang der Geburtenrate (wir haben die niedrigste in Lateinamerika) Einfluß nehmen, wobei der Staat analysieren muß, wie diese zu lösen sind, damit diese negative Situation gestoppt werden kann. Zu diesen Problemen gehören z. B. die ungenügende Wohnungsversorgung, das Fehlen von Kindergärten und Haushaltshilfen sowie die generellen Versorgungsschwierigkeiten.

Ein weiterer Faktor, der die Geburtenrate beeinflusst, ist die Auswanderung von Frauen im gebärfähigen Alter ins Ausland.

"Als Konzept ist die Definition der Überalterung im demographischen Sinne eine Zunahme der Menschen gehobenen Alters im Vergleich zum Rest der Bevölkerung", erklärt Juan Carlos.

"Man spricht auch von einer Umkehr der Alterspyramide, denn das Problem schließt eine Abnahme des Anteils von Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren mit ein."

"Zum Bevölkerungssektor der älteren Menschen zählen in Kuba derzeit etwa 1,8 Millionen Einwohner. Diese Zahl liegt über der der Jugendlichen zwischen 10 und 19 Jahren. Tendenziell ist es allerdings so, daß die erste Zahl weiterhin progressiv ansteigt, während die Anzahl der jungen Bevölkerung abnimmt."

"Schätzungen der Abteilung für Bevölkerungsentwicklung der Vereinten Nationen geben an, daß Kuba und Barbados kurzfristig gesehen die am stärksten überalterten Länder Lateinamerikas und der Karibik sein werden, bis 2050, wenn bis dahin nichts unternommen wird, wird sich Kuba allerdings unter den elf am stärksten überalterten Ländern der Welt befinden."

## DIE ALARMGLOCKEN LÄUTEN

Mit Blick auf die Zukunft steht das Land im Ergebnis dieser Situation vor großen Herausforderungen. Wenn wir den Prognosen folgen, dann erreicht es nicht die Zahl von 12 Millionen Einwohnern sondern die Bevölkerungszahl wird sinken, wobei der Anteil der Älteren wächst.

Um es mit den Worten der Professorin María Elena Benítez Pérez vom Demographischen Institut der Universität Havanna zu sagen, "der Geburtenboom der 60er Jahre wird zum Bomm der Rentner im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts".

Nach Schätzungen des nationalen Büros für Statistik werden es schon 2019 weniger Menschen sein, die ins arbeitsfähige Alter hineinkommen als diejenigen, die es verlassen.

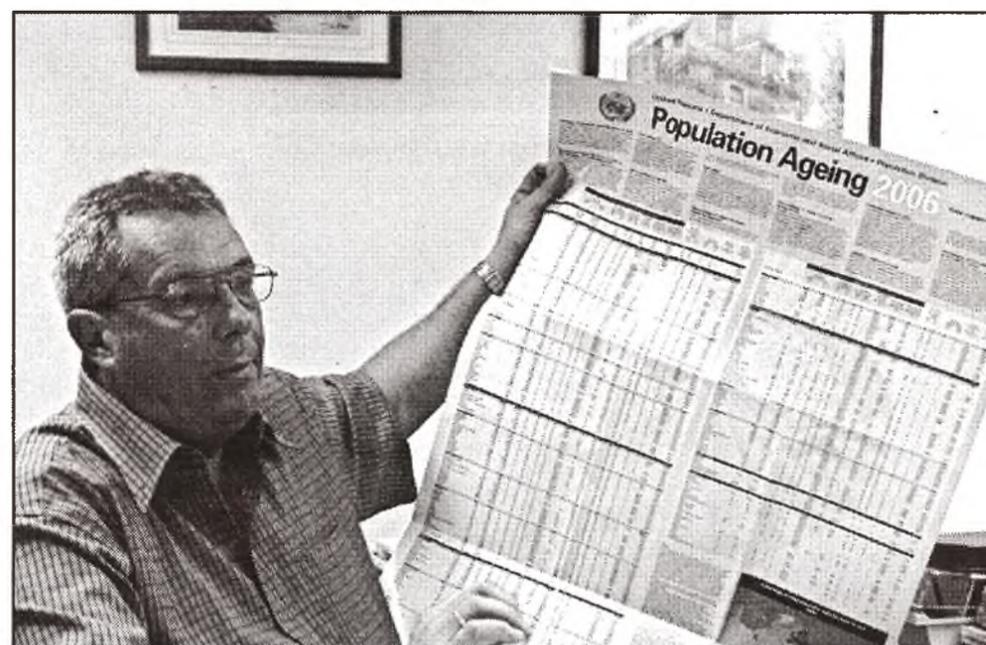
Weit über die vorhersehbaren substanziellen Erhöhungen der Sozialversicherungsausgaben und einer notwendigen Neudefinition von Strategien im Gesundheitswesen hinaus ist es unverzichtbar, schon heute an einer Politik zu arbeiten, die den Realitäten einer zukünftigen Bevölkerung gerecht wird, in der die älteren Menschen ein größeres Gewicht haben werden.

Es ist fast sicher, daß in einigen Jahren der Bedarf an Altenheimen und anderen Einrichtungen zur Versorgung von Menschen in gehobenen Alter den nach neuen Fabriken, Schulen und Technologien übersteigen wird.

Die kubanische Gesellschaft muß sich darauf vorbereiten diesen Anforderungen gewachsen zu sein. •

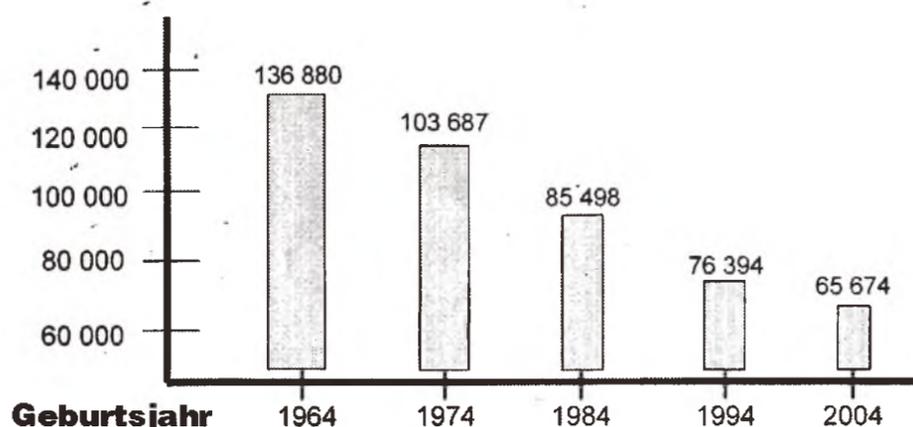


Menschen über 60 Jahre machen 16% der Bevölkerung aus und 2025 werden es 26% sein



Laut Juan Carlos Alfonso, Direktor des Instituts für Bevölkerung und Entwicklung beim nationalen Büro für Statistik, ist der Geburtenrückgang der Hauptgrund für die Überalterung der Bevölkerung

## Anzahl der Geburten (Jungen)



## GLÄNZENDE UND TRAUERIGE TAGE

# Der unbeugsame Staatsmann der Oktoberkrise

GABRIEL MOLINA  
– Granma Internacional

• UNTER dem Gewölbe eines luxuriösen Kremel-Saals nahm eine lange Tafel die kubanische Delegation zu ihrem ersten Mittagessen in Moskau auf. Die Bevölkerung hatte Fidel Castro an diesem Nachmittag des 30. April 1963 mit überschäumender Begeisterung empfangen.

Am Vorabend war der kubanische Regierungschef in Murmansk, der in diesem Frühling noch schneebedeckten Hafenstadt im äußersten Nordwesten des Landes, angekommen. Es war sein erster UdSSR-Besuch, und er wurde vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Anastas Mikojan, begrüßt. Der offizielle und volkstümliche Empfang im Beisein von Chruschtschow und Breschnew würde am nächsten Morgen in der Hauptstadt stattfinden.

Sofort nach der beeindruckenden Zuneigungsbekundung der Bevölkerung erhob sich Nikita Chruschtschow an der Kremel-Tafel und brachte einen lobenden Trinkspruch auf seine Gäste aus.

Fidel Castro ließ nicht auf sich warten. Er sah aufmerksam in die Runde und bestürzte die Anwesenden, indem er sagte: "Ich kann es nicht unterlassen, mein Unverständnis über die Art und Weise des Abzugs der sowjetischen Raketen aus Kuba auszudrücken. Man hat uns nicht um Rat gefragt, und nachdem unser Land der potentielle Schauplatz eines Nuklearkriegs war, wurden hinter unserem Rücken Beschlüsse gefaßt."

Nikita unterbrach ihn aufgeregt: "Wir haben das getan, um einen Angriff auf Kuba zu verhindern, und der Frieden konnte so erhalten werden!"

Fidel erwiderte erzürnt: "Was erreicht wurde, ist ein unsicherer Frieden, denn es gibt keine wirkliche Verpflichtung. Wären wir um Rat gefragt worden, hätte man viel mehr erreicht. Wir hätten einen wirklichen Frieden und die Erfüllung anderer Ziele erreicht."

Es schien, daß der erste UdSSR-Besuch des kubanischen Staatschefs zu einem Mißerfolg werden würde. Niemand wagte, ein Wort zu sagen...

Die Szene versetzte mich gedanklich etwa sechs Monate zurück, in ein Gästehaus am Strand von Varadero. Fidel saß nach dem Mittagessen Mikojan am Tisch gegenüber. Mit seinen 36 Jahren, der olivgrünen Uniform und dem Bart war der damalige Ministerpräsident der Insel das Abbild der kubanischen Rebellion schlechthin. Der russische Veteran versuchte, durch Kritik an den chinesischen Politikern die Aufmerksamkeit seines Gesprächspartners auf sich zu lenken, aber der Comandante hatte offensichtlich kein Interesse und sah ihn nicht an.

## JETZT FEHLT NUR NOCH, DASS DIE PILOTEN RUNTER KOMMEN UND HIER KAFFEE TRINKEN

Der Lärm einiger tieffliegender Jets unterbrach den ungewöhnlichen Monolog. In der angespannten internationalen Situation, die durch den Abzug der Raketen sich nicht entspannte, wurde die gesamte Insel in allen Richtungen von Kampfflugzeugen im Tiefflug überquert.

Fidel stand energisch auf und rief: "Jetzt fehlt nur noch, daß sie runter kommen und hier Kaffee trinken. Wir dürfen das nicht weiter zulassen. Ich werde sie warnen, daß wir sie abschießen, wenn sie mit diesen Provokationen nicht aufhören." Der damalige kubanische Ministerpräsident verhehlte in keinem Moment seinen Ärger, seitdem Chruschtschow am 28. Oktober, ohne sich mit ihm zu beraten, den Abzug der auf Kuba stationierten Raketen angekündigt

und die Entsendung von UNO-Inspektoren zur Überprüfung angeboten hatte. Fidel erklärte, daß sie zum Inspizieren des Landes schon zum Gefecht bereit sein müßten, und stellte für die Schaffung eines wirklichen Friedens eine Fünf-Punkte-Plattform auf: 1) Beendigung der Wirtschaftsblockade und des Drucks im Bereich des Handels und der Wirtschaft; 2) Beendigung der subversiven Tätigkeit, der Söldnerangriffe und der Einschleusung von Spionen und Saboteuren; 3) Beendigung der von den Vereinigten Staaten ausgehenden Piratenakte; 4) Beendigung der Verletzungen des Luftraumes und der Hoheitsgewässer; 5) Rückzug aus dem Marinestützpunkt Guantánamo und dessen Rückgabe an Kuba.

Aus sowjetischen und US-Quellen weiß man, daß die Vereinigten Staaten 1962 über 377 strategische Waffen verfügten und 1.000 weitere bauten. Die in der Türkei und in Italien stationierten gaben den USA eine Überlegenheit, denn von dort aus konnten sie die UdSSR in 15 Minuten erreichen, während die 44 sowjetischen Interkontinentalraketen 25 Minuten bis in die USA gebraucht hätten. Die UdSSR verfügte außerdem nur über 373 Mittel- und 17 Kurzstreckenraketen. Die Stationierung von 42 Mittel- und Kurzstreckenraketen in Kuba würde den Unterschied erheblich ausgleichen und böte mehr Schutz gegen eine drohende US-Invasion. Das wußten die sowjetischen und kubanischen Kräfte und trafen deshalb eilig Vorbereitungen. Der US-Kongreß nahm am 26. September eine Resolution an, die den Präsidenten befugte, Waffen gegen Kuba einzusetzen.

Fidel hat erklärt, daß er Chruschtschows Vorschlag zur Aufstellung der Atomraketen in Kuba als eine Aktion verstand, die die Verteidigungskapazität des sozialistischen Lagers insgesamt, Kuba eingeschlossen, stärken würde. Dies sei das Hauptmotiv für dessen Annahme gewesen, obwohl die Risiken nicht ignoriert wurden. Kuba hatte vor, die Vereinbarung öffentlich bekanntzugeben, wobei es sich auf das Recht zur Verteidigung mit Hilfe beliebiger militärischer Mittel berief, wie es offen in einer Erklärung ausgedrückt wurde. Im Scharfsinn des Volkes wurden diese "beliebigen Mittel" in einer Anspielung auf die Raketen die "et ceteras" genannt. Aber Chruschtschow bestand gegenüber Befehlshaber Raúl Castro, der zur Unterzeichnung des Vertrags nach Moskau geflogen war, darauf, die öffentliche Bekanntgabe zu verschieben und bis dahin alles zu leugnen.

In jenen Julitagen des Jahres 1962 fand in Moskau ein internationaler Kongreß des Weltfriedensrates statt. Raúl erschien eines Abends im Hotel Ukraine, in dem die zahlreiche kubanische Delegation untergebracht war. Als wir ihn so strahlend sahen, verstanden wir, daß etwas wichtiges im Gange war. Ich bat ihn um ein Interview, aber er vertröstete mich auf später, in Havanna. Offensichtlich wollte er nicht über seinen Aufenthalt dort gefragt werden. Auf das Interview warte ich immer noch.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hatte am 22. Oktober enthüllt, daß ihre Spionageflugzeuge vom Typ U2 in Kuba die Raketen entdeckt hätten, die von der UdSSR zur Verteidigung der Karibikinsel gegen eine drohende US-Invasion stationiert worden waren. Kennedy forderte, daß sie unter internationaler Aufsicht abgezogen würden. Fidel wies diese Inspektion des Landes zurück und befahl Gefechtsalarm zur Abwehr der Aggression. Der russische Verteidigungsminister, Admiral Rodion Malinowski, wies General Issa Piew an, die in Kuba stationierten Truppen in Kampfbereitschaft zu versetzen, damit sie zusammen mit der ku-



Fidel und Mikojan in der Ciénaga de Zapata. Mehrere Tage lang versuchte der Stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetunion vergeblich, den kubanischen Revolutionsführer zu überzeugen, die internationale Inspektion der Insel zu akzeptieren. Schließlich wurden die sowjetischen Schiffe inspiziert, aber das Staatsgebiet nicht

banischen Regierung den Feind abwehren könnten.

In der Nacht des 23. Oktobers verhängte der US-Präsident eine Seeblockade, und zwar mit der Erklärung, daß die genannten Raketen mit Atomsprenghäupten Offensivwaffen wären, und er versetzte zum ersten Mal in der Geschichte des Landes die gesamten Armeestreitkräfte in den höchsten Alarmzustand.

## WER HAT DIE U2 ABGESCHOSSEN?

Am nächsten Tag genehmigte Kennedy die Tiefflüge, zusätzlich zu denen der U2-Flugzeuge, die das Staatsgebiet fotografierten. Am 25. waren schon 15 Flüge unternommen worden. Fidel informierte Chruschtschow, daß Kuba standhaft und entschlossen widerstehen würde.

Der Generalsekretär der UNO, U Thant, kündigte eine dreiseitige Vermittlungsverhandlung an, die am 26. beginnen sollte.

Unterdessen schlug Chruschtschow am gleichen Tag vertraulich vor, die Raketen abzugeben, wenn die USA versprächen, Kuba nicht zu überfallen. Kennedy war mit der Aufhebung der Seeblockade und der Garantie eines Nichtangriffs der Insel einverstanden, bestand aber auf der Inspektion.

Dann schoß überraschenderweise die sowjetische Raketenabwehrtartillerie ein U2-Flugzeug ab, das über dem im Osten des Landes liegenden Ort Banes flog. Dies verschärfte die gespannte Lage weiter und hatte einen Brief Kennedys zur Folge, den man auf unterschiedliche Weise interpretieren konnte: drohend und gleichzeitig tolerant. Er deutete an, daß die Aktion vielleicht nicht von Chruschtschow angeordnet worden wäre, der ja schon mit ihm verhandelte; daß sie eventuell der Kontrolle des sowjetischen Staatschefs entgangen wäre.

Am 28. nahm Chruschtschow die Bedingungen Kennedys an und informierte danach Fidel, der von den Geheimgesprächen nichts gewußt hatte.

Der Comandante en Jefe erklärte, daß diese Nachricht in Kuba eine "große Empörung ausgelöst habe, da wir uns als eine Art Tauschobjekt vorkamen... wir erfuhren aus dem Radio, daß am 28. eine Einigung erfolgt war. Die Reaktion des Volkes war nicht von Erleichterung gekennzeichnet, sondern durch ein starkes Unbehagen, was wohl nur für Kubaner verständlich ist. Mit stechendem Humor sagten die Leute: "Nikita, Nikita, lo que se da no se quita." (etwa: Nikita, was man jemandem gibt, nimmt man ihm nicht wieder weg!)

In aller Eile begann am 31. Oktober der Abbau der Raketen. U Thant kam nach Kuba. Bezüglich der Ablehnung Fidels, die Inspektion zu akzeptieren, erklärte der Generalsekretär der UNO, der kubanische Führer hätte das Recht dazu, und die Vereinten Staaten könnten ihn nicht zur Inspektion zwingen.

Angesichts dieser Situation schickte Chruschtschow am 2. November Mikojan auf die Insel. Dieser versuchte mehrere Tage lang, den kubanischen Regierungschef zu überzeugen. Aber es war nicht möglich. Der sowjetische Politiker bat Fidel,

sich nicht von seinen Gefühlen leiten zu lassen, nicht aus Entrüstung zu handeln und den Schießbefehl gegen die Tiefflieger zurückzustellen.

Kein Flugzeug wurde getroffen, denn sie zogen sich zurück und kehrten nicht wieder.

Nach zwei Wochen Aufenthalt in Kuba schlug Mikojan schließlich vor, daß die Inspektion auf den Schiffen stattfinden sollte. Fidel antwortete ihm, daß das eine Sache der UdSSR sei. Die Schiffe wurden inspiziert, die Insel nicht.

Kuba kam aus jener Krise stärker und geachteter hervor. Die kubanische Militärdoktrin wurde zu der des nationalen Widerstandes im Falle einer Besetzung des Landes.

Der französische Analytiker Raymo. Aron verstand das genau: "Die klassischen Kräfte haben, wie die kubanische Erfahrung zeigt, noch eine andere Funktion. Nach dem Abzug der Raketen ist die kubanische Republik fähig, sich im gleichen Sinne wie die neutralen Staaten in der Vergangenheit zu verteidigen; anders gesagt, sie kann den möglichen Angreifer einen Preis zahlen lassen, der in keinem Verhältnis zum Eroberungserfolg stehen würde; sie ist auch fähig, dem Angreifer nur Ruinen zur Besetzung zu hinterlassen. Wenn die Führungskräfte dieser Republik den Mut haben - und aller Wahrscheinlichkeit nach haben sie ihn -, sogar ohne die sowjetische Unterstützung, können sie eine Kapitulation verweigern." Die Zeit hat die absolute Gültigkeit dieser Aussage bewiesen, auch heute noch.

## LEHREN AUS DER KONFRONTATION

Viele Staatschefs haben Lehren aus der Konfrontation gezogen. Die Worte des Präsidenten De Gaulle waren eine Resümee dieses Denkens: "Da die Vereinten Staaten ohne zu fragen Europa in die Gefahr eines Atomkriegs bringen konnten, mußte Frankreich seine eigenen Atomwaffen haben. Und es hat sich praktisch aus der NATO zurückgezogen."

Drei Jahre nach dem Raketenabzug erinnerte ein Abschiedsbrief von Che Guevara an diese Ereignisse: "Ich fühlte an deiner Seite den Stolz, in den glänzenden und traurigen Tagen der Karibikrise zu unserem Volk zu gehören. Selten hat ein Staatsmann mehr geblüht..."

Tatsächlich gehörte der Guerillero-Führer des kubanischen Volkes schon zu den großen Staatsmännern der Geschichte. Seine spätere Laufbahn hat bewirkt, daß diese Tatsache von Freunden und Feinden explizit oder implizit anerkannt wurde.

Diese Eigenschaften erkannten und akzeptierten Chruschtschow und die anderen sowjetischen Politiker. Die Spannung jenes ersten Tages in Moskau nahm nach dem Vorfall ab. Offensichtlich haben die glänzenden und traurigen Tage ein auf Respekt und Zuneigung basierendes Verhältnis zum unbeugsamen Staatsmann und der widerstandsfähigen Insel gefestigt. •

BEI ANDEREN GELESEN

JUVENTUD  
rebelde.ca

# Nikon: Ein Bild der Blockade

• Die brutale Demütigung eines kubanischen Kindes, dem das japanische Unternehmen einen Fotoapparat verweigerte, den es in einem internationalen Malwettbewerb zum Thema Umwelt gewann, beweist, wie euphemistisch es ist, die US-Blockade gegen die Insel als Embargo zu bezeichnen • Erklärungen des Lehrers Jorge Jorge González, der den Gemeinde-Kulturworkshop *Coloreando mi barrio* leitet, gegenüber einer Journalistin der japanischen Presseagentur Jijispress

INTERVIEW MIT ANA AUKI:

**Könnten Sie mir dieses Ereignis schildern?**

„Am 5. Juni, dem Weltumwelttag, war die feierliche Preisübergabe an die Gewinner des 15. Internationalen Kinderwettbewerbs, der weltweit als der wichtigste seiner Art gilt. Die Feier fand im Palast der Nationen in Algerien statt. Bereits am Vormittag war der algerische Präsident, Herr Abdelazid Bouteflika, erschienen, der an einem Teil der Feier teilnahm und sich sogar mit den Preisträgern und ihren Begleitern fotografieren ließ.“

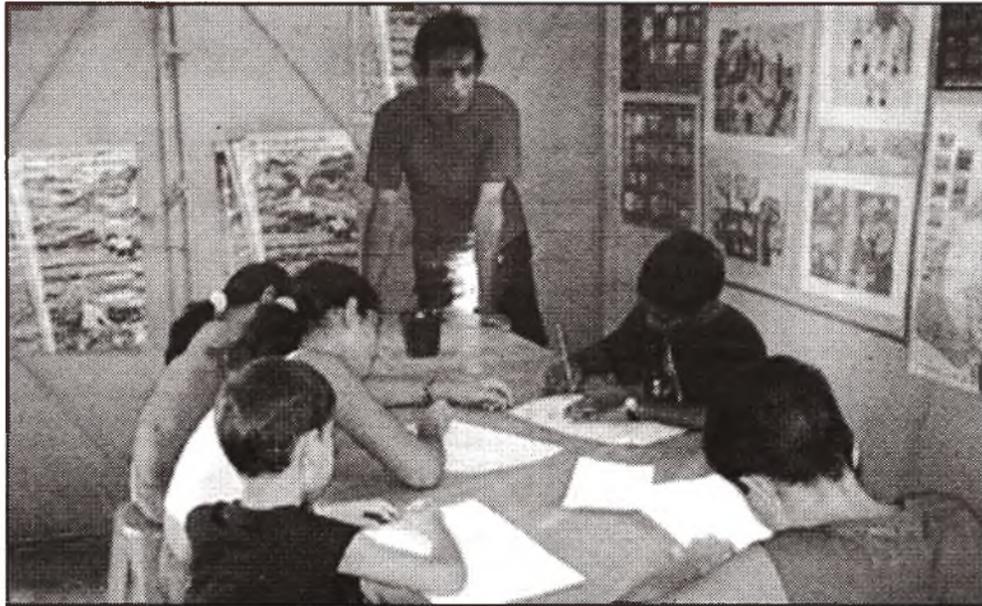
„Am Nachmittag erhielten der Weltsieger, die Regionalsieger (unter ihnen der Kubaner Raysel Sosa Rojas, für Lateinamerika und die Karibik) und weitere drei Kinder als Gewinner von Sonderpreisen aus den Händen der höchsten Vertreter des UNO-Umweltprogramms (UNEP) die Metallplakette. Anschließend wurden den Gewinnern, in Anwesenheit von Firmenvertretern von Bayer, Nikon (unter Leitung ihres Präsidenten) und der japanischen Stiftung für Weltfrieden weitere Geschenke überreicht: Ein T-Shirt mit der aufgedruckten prämierten Zeichnung des jeweiligen Mädchens bzw. Jungen, Zeichenmaterial von ausgezeichneter Qualität und eine Digitalkamera der japanischen Firma Nikon.“

„Mit Ausnahme des kubanischen Jungen, erhielten alle Jungen und Mädchen eine Kamera, wie es jedes Jahr bei diesen Feiern üblich ist. Aber weder vor der Verleihung noch danach hat sich uns jemand von den Organisatoren des Wettbewerbs genähert, um uns auf diese Tatsache vorzubereiten. Erst als die Feier zu Ende war, und ich nachsah, was Raysel erhalten hatte, stellte ich fest, daß er keine Kamera bekommen hatte, lediglich ein beigefarbenes Etui der Firma Nikon mit einigen wertvollen Zeichenutensilien englischer und japanischer Marken usw.“

„In keinem Augenblick hatte man weder mit mir, dem rechtmäßigen Vertreter des Jungen bei der Prämierung, noch dem kubanischen Botschafter in Algerien, Herrn Roberto Blanco, als dem Regierungsvertreter gesprochen, und ich möchte fast behaupten, daß nicht einmal der Regionaldirektor für Lateinamerika und die Karibik, Herr Ricardo Sánchez, zu Rate gezogen worden war, um diese Änderung bei den Geschenken der Gewinner vorzunehmen.“

„Es ist nicht möglich, daß ich das Modell der Kamera beschreiben kann, denn ich habe sie niemals in der Hand gehabt; wir haben sie nur in den Händen der anderen Gewinner gesehen, zudem war der Moment durchaus nicht dazu geeignet, um damit Zeit zu verlieren, denn es war wichtiger, Achtung vor der Würde einer Person, in diesem Fall eines Kindes zu fordern, das Handlungen von politischer Niederträchtigkeit und internationale Intrigen nicht versteht, die ganz sicher mit der US-Regierung abgestimmt waren, die irgendwie direkt in diesem abscheulichen Zwischenfall verwickelt war.“

„Mit Hilfe des Übersetzers und Dolmetschers der kubanischen Botschaft wandten wir uns sofort an die algerischen Behörden, die uns an diesen Tagen großartig betreut hatten und uns auch jederzeit ihre Solidari-



Der Lehrer Jorge Jorge González mit den Kindern in seinem Gemeinde-Kulturworkshop

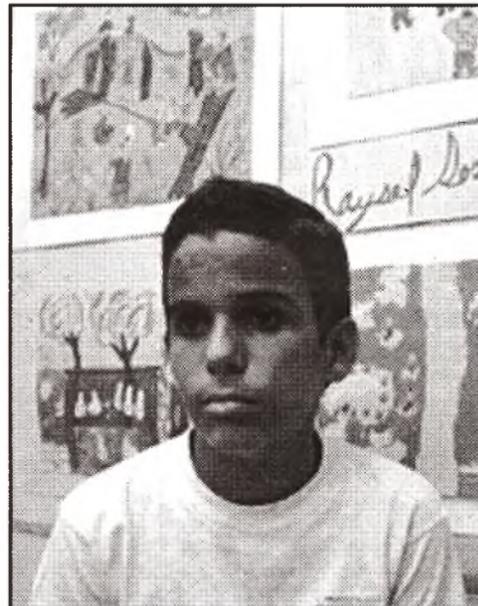
tät bezeugten, und versuchten, in diesem traurigen Augenblick eine zufriedene Lösung für den kleinen Jungen zu finden, der überdies gegen die Bluterkrankheit, eine bis heute unheilbare Erbkrankheit, zu kämpfen hat.“

„Übrigens übergab mir die Regierung meines Landes unter großen Anstrengungen einen Posten Medikamente für diese Reise, deren Wert sich auf mehr als 4.500 US-Dollar beläuft, viel mehr als der Preis, der übergeben werden sollte. Der Aufenthalt in Algerien, und all das war für uns völlig kostenlos, denn in meinem Land sind wir noch immer der Meinung, daß das Wichtigste einer Nation ihre Menschen sind, und vor allem die Jungen und Mädchen, die die zukünftigen Künstler, Wissenschaftler, Lehrer usw. sein werden und dieses Land zu einem Ort des Wohlstandes machen werden.“

„Die anderen Eltern, Begleiter und die prämierten Mädchen und Jungen standen uns sofort solidarisch zur Seite, selbst die Mutter des Jungen aus den USA, dem Gewinner seiner Region, und die Gewinner aus Europa, aus Afrika, alle, die nicht verstanden, wie eine so liebevolle Feier so abscheulich und traurig enden konnte.“

„Unser Junge ist kein Terrorist, legt nirgends Bomben, ebenso wenig wie die Söhne und Töchter, die in meinem Land für das Wohl der Menschheit leben und arbeiten, indem sie Gesundheit und Wohlstand vielen anderen Millionen Menschen in der Welt bringen. Noch kennt unser Junge nicht die Boshaftigkeit, die es reichlich in dieser Welt gibt – jetzt hat er allerdings schlagartig etwas davon erfahren –, denn seit seiner Geburt ist er liebevoll in seiner Umgebung, seiner Schule, im Krankenhaus, das er häufig aufsuchen muß, und in seinem Wohnviertel aufgenommen worden, ohne Angst vor Drogen zu haben, oder davor, daß er entführt wird, um ihm Organe zu stehlen, oder er um sein Leben bangen muß, oder ihn ein gemeiner Verbrecher umbringt. Nichts davon hat er zu befürchten, denn in seinem Land sind diese Dinge nicht alltäglich, wie es allerdings in den USA ist, deren Regierung nicht in der Lage ist, diese Übel im eigenen Haus unter Kontrolle zu bringen, aber versucht, der Welt Lektionen zu erteilen, wobei sie der wichtigste Initiator des Terrorismus, der Massenmorde von unschuldigen Kindern und allem Bösen ist, das auf diesem dennoch wundervollen Planeten existiert.“

„Im Palast der Nationen haben wir keine endgültige Antwort erhalten. So verständigten wir uns abends im Hotel mit unserem Botschafter, der sofort an Ort und Stelle um ein Gespräch mit den Vertretern der UNEP bat, die mit der Prämierungsfeier beauftragt waren. Frau Sorba antwortete im Namen dieser Institution und begann damit, daß Kuba 'aufgrund des Embargos' – das wir



Raysel: 'Ist mein Preis nicht genauso viel Wert wie der der anderen?'

Kubaner mit seinem richtigen Namen als BLOCKADE bezeichnen – nicht zulasse, daß japanische Kameras eingeführt würden.“

„Ich erwiderte, daß das nicht wahr sei, denn ich reise in Kuba ein und aus und führe dabei ständig meine Video- und Foto-Kameras der Marke SONY, ebenfalls japanisch, ein und aus, und niemals wurde mir gesagt, daß ich damit nicht in mein Land einreisen darf. Darauf hin wurde Herr Ideo Fujica gerufen, den wir eigentlich für den Vertreter der Firma Nikon in Algerien hielten, der aber wahrscheinlich der Stiftung für Weltfrieden, einem Sponsor des Wettbewerbs, angehört. Er sagte uns, daß sie 'aufgrund des Embargos dem kubanischen Jungen keine Kamera übergeben können, da sie US-Komponenten enthält.“

„Sowohl der Herr Botschafter als auch ich äußerten, dies sei eine extraterritoriale Anwendung von Gesetzen eines Staates in einem anderen, denn es seien die USA und nicht Japan, die die Blockade gegen Kuba aufrechterhalten, womit sich das Unternehmen Nikon zum Komplizen dieses ungerichten Vorgehens macht, das dem Volk meines Landes seit mehr als 45 Jahren widerfährt, und daß man jetzt ein unschuldiges Kind für etwas, was es nie getan hat, und was es niemals begreifen wird, bestraft. Herr Fujica versprach uns schließlich, er werde persönlich eine Digitalkamera von seinem Geld für den Jungen kaufen und diese über das Regionalbüro der PNUMA in Mexiko senden.“

**Können Sie mir beschreiben wie Raysel**

**reagierte, als er keine Kamera bekommen konnte?**

„Dafür habe ich nur ein Wort: *Hilflosigkeit*. Er fragte mich: 'Und meine Kamera? Weshalb haben alle Kinder eine Kamera und mir haben sie keine gegeben? Ist mein Preis nicht genauso wie der ihre? Habe ich kein Recht auf meine Kamera?' Ich versuchte ihm das Geschehene zu erklären, aber er konnte es nicht verstehen, und ich auch nicht, denn man erniedrigte ihn, man ließ ihn einen sehr hohen Preis nur für das Verbrechen zahlen, daß er ein Kind aus Kuba ist. Es schien, als wolle man es ihm nicht gönnen, in seinem ruhmvollen Augenblick, den er erreichte, weil er sich getraut hatte, etwas über den Umweltschutz zu malen, glücklich zu sein.“

„Der Junge weinte sehr in seinem Zimmer und ich weinte mit ihm, nicht aus Traurigkeit, sondern aus Wut, denn das war etwas Unvorstellbares. Ich bin der Meinung, die UNEP hätte eine Situation wie diese vorhersehen und eine sofortige Lösung suchen müssen, indem man einen anderen Hersteller suchte und dem Jungen eine Kamera übergibt. Das Material, das ihm zum Zeichnen gegeben worden war, kann möglicherweise das teuerste der Welt sein, aber für ihn bedeutet es als Auszeichnung nicht viel, denn er sah die anderen Kinder mit ihren neuen Kameras spielen und konnte nun nicht die Kindheitserinnerungen von Algerien mit der Kamera festhalten. Ich glaube, niemand hatte das Recht, ihm diese Freude zu nehmen, die sich vielleicht nie wiederholt.“

**Wer erklärte Raysel die Situation?**

„Selbstverständlich ich, in diesem Moment war ich nicht nur sein Lehrer, sondern auch sein Vater, seine Familie, sein Freund, die einzige Person, der er vertrauen konnte, denn ich hatte ihn nie belogen und er wußte, daß ich in der Lage war, für sein Recht zu kämpfen. Unser Botschafter in Algerien versuchte es ihm auch zu erklären, doch er verstand nie, weshalb es ein US-Gesetz gibt, das ihm verbietet, eine Kamera zu besitzen.“

**Was halten Sie von der Position des Unternehmens?**

„Ich halte es in jeder Hinsicht für eine Schande. Es ist unmöglich, daß ein so mächtiges und angesehenes Unternehmen, der Stolz Japans aufgrund der unbestreitbaren Qualität seiner Erzeugnisse – ich selbst besitze seit vielen Jahren eine sehr gute Nikon FA Kamera – das zudem einer der offiziellen Förderer des UNEP-Weltumweltwettbewerbs ist, sich dem Manöver der US-Regierung gegen das kubanische Volk beugt und einem unschuldigen Kind sein Recht auf das Lachen entzieht, sein Recht darauf, sich gegenüber den übrigen Gewinnern gleich zu fühlen. Das Unternehmen Nikon demütigte Raysel auf diese Weise zutiefst, seine Träume und die Hoffnung, in einer besseren Welt, die möglich ist, und die wir alle wünschen, zu leben.“

**Möchten Sie noch etwas hinzufügen?**

„Ich würde gern noch vieles sagen, aber ich sage Ihnen nur noch, daß die Werkstatt, in der Raysel seine Träume verwirklicht, vor zweieinhalb Jahren auf einem ehemaligen enormen Schuttblendeplatz der Gemeinde entstand, und von dort stammt nicht nur die Zeichnung, mit der der Regionalpreis errungen wurde, sondern auch weitere fünf Bilder, die im gleichen Wettbewerb mehrere Preise gewannen... Die Erkenntnis, daß überall, ganz gleich an welchem schlichten Ort, Talente zu finden sind, die man nur früh genug entdecken und täglich anregen muß, damit sie ihre angeborene Gabe nicht verlieren, erfüllt uns mit gesundem Stolz.“

„In dieser kurzen Zeit hat die Werkstatt insgesamt 189 Preise und Erwähnungen auf internationalen, nationalen Wettbewerben und anderen Ebenen erhalten, fast alle in Verbindung mit der Umwelt, der Natur und dem Menschen, ein Thema, dem wir unsere ganze Energie widmen, und uns deshalb sogar vornehmen, eine Gemeindebibliothek zu diesem Thema zu gründen.“

**(Aus Juventud Rebelde) •**

# Aznavour gibt seiner Musik mit Chuchu Valdés einen kubanischen Touch

• HAVANNA (AP).- Seinen Liedern einen kubanischen Touch zu geben, damit sie besser beim Publikum ankommen, ist die Absicht des Franzosen Charles Aznavour, der mit dem Pianisten und mehrfachen Grammy-Gewinner, Chuchu Valdés, eine neue CD aufgenommen hat.

„Das Lied ist eine gewaltige Waffe“, erklärte Aznavour. „Wir glauben, daß wir bei den ernstesten Themen, die ich in meinen neuen Kompositionen behandle, die Menschen mit einer anderen Musik, wie der kubanischen, besser erreichen.“

Der französische Sänger gab zum Abschluß seines 10-tägigen Aufenthalts in Havanna, in dessen Verlauf er Lieder mit Arrangements von Chuchu Valdés aufgenommen hat, eine Pressekonferenz.

„Es geht dabei um solche wichtigen menschlichen Themen wie die Ökologie oder die Immigration. Aber ich versuche nicht, Lehren zu vermitteln, ich möchte die Leute aufmerksam machen und, wenn es klappt, mit zwei oder drei Zeilen in meinen Liedern helfen“, führte Aznavour aus.

Valdés nahm nicht an der Pressekonferenz teil, weil er nach Rom gereist war, wo er zum Botschafter des Guten Willens der FAO ernannt wurde, aber in einer Ton-Aufzeichnung erklärte er, daß die Arbeit mit Aznavour „unvergesslich und historisch war“.

Der berühmte kubanische Musiker fügte hinzu, daß die CD eine „Rhythmenkombination“ sei, die mit der romantischen Musik verschmelze.



Der französische Sänger im Hotel Nacional de Cuba

Aznavour hat Lieder wie *Mourir de amor*, *Venecia sin ti* oder *La Bohème* unsterblich gemacht. Der 82-jährige äußerte, daß er keine Pläne hätte: „Wenn man in ein gewisses Alter kommt, macht man immer nur ein Programm für das kommende Jahr. Ich möchte weitermachen mit dieser Arbeit, die ich so liebe.“

Der französische Sänger bedauerte es, sich nicht mit Präsident Fidel Castro treffen zu haben. „Es hätte mir sehr gefallen, ihn kennenzulernen“, sagte er.

Laut Aznavour wird die neue CD, deren Titel noch nicht feststeht, im Februar oder März auf den Markt kommen. Er schloß einen weiteren Besuch der Insel nicht aus, um dann ein gemeinsames Promotionskonzert mit Chuchu Valdés zu geben. •

# Oliver Stone: Bush zerstört die Moral der US-Bürger

• DER US-amerikanische Regisseur Oliver Stone beschuldigte den Präsidenten seines Landes, George W. Bush, seit den Attentaten des 11. September 2001 in New York und Washington, einen „ständigen Kriegszustand“ anzuordnen.

„Bush hat seine Macht mißbraucht, indem er die grundlegenden Gesetze, die die Bürger schützen, verletzt“, sagte Stone während einer Pressekonferenz, auf der er in Moskau seinen letzten Film, *World Trade Center*, vorstellte.

Stone, der am 15. September 60 Jahre alt geworden ist, versicherte: „Hätte Bush die Geschichte besser studiert, wüßte er, daß man einen Krieg gegen den Terrorismus nicht gewinnen kann, indem die Freiheiten eingeschränkt werden.“

„Wir müssen die Terroristen verfolgen, aber nicht auf Kosten des Volkes.“

Bush sagt, daß die USA bedroht sind. Gebt mir eure Freiheit. Schränkt eure Rechte ein. Wählt mich und ich werde euch beschützen. Das ist etwas Unerhörtes“, äußerte er.

Der Filmemacher, der in seiner Karriere vier Oskars gewann, verglich die heutige Lage in den USA mit dem Roman *1984* von George Orwell, denn „die Amerikaner leben in ständiger Angst“.

„Was nach dem 11. 9. kam, war schlimmer als die Tragödie an sich“, betonte er.

Stone kritisierte Bush, weil er „die Moral der US-Bürger zerstört“ und empfahl ihm, dem Beispiel von Präsident Franklin Delano Roosevelt zu folgen, der „niemals die Nerven verlor“, auch damals nicht, als er das Amt nach der Großen Depression von 1929 in einer viel schwierigeren Lage übernahm als der jetzigen.

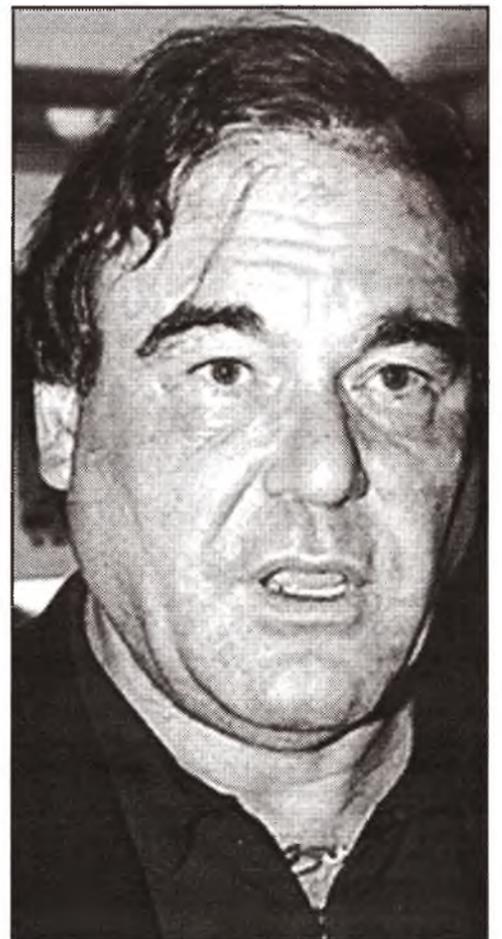
Stone verriet, daß Bush und er in den 60er Jahren Studienkollegen an der Yale-Universität waren, aber der jetzige Regent zog nicht die gleichen Schlußfolgerungen wie er aus dem Mord an Präsident John Fitzgerald Kennedy und dem Vietnamkrieg.

Der Regisseur von Filmen wie *Salvador* (1986), *Wall Street* (1987) und *JFK* (1991) war einer der ersten, der einen Streifen über die Ereignisse jenes 11. September 2001 um die Zwillingstürme in New York aus der Sicht zweier Überlebender filmte, die von Nicolas Cage und Michael Peña dargestellt werden.

Wie im Falle des Vietnamkrieges, in dem er in den 60er Jahren kämpfte und der ihn zu mehreren Filmen inspirierte, sagte Stone, daß „möglichst viele Filme über den 11. 9. gedreht werden müssen. Es ist Zeit, das Schweigen zu brechen“.

Stone bezeichnete seinen Film als „Drama über einfache Leute, die Schweres überwinden“, das sogar von „einem kleinen Kind“ gesehen und verstanden werden kann.

„Ich habe keinen Film über Politik gemacht, damit er im Weißen Haus angesehen wird, sondern über fünf Männer und



Der Filmemacher stellte in Moskau seinen letzten Film, *World Trade Center*, vor

Frauen, die die Tragödie persönlich erlebten. Jeder Zuschauer wird sich mit den Gestalten identifizieren können“, sagte er.

Stone, der aus New York stammt, meinte, daß er sich entschloß den Film zu machen um „dem 11. 9. das Mystische zu nehmen“, nicht, um „Bush zu kritisieren oder den Irakkrieg“.

„Ich wollte einfach die Gefühle der Lebenden und Toten des 11. 9. ehren. Die Feuerwehrlente und Polizisten, die an den Rettungsarbeiten beteiligt waren, sahen als erste den Film und gaben mir ihren Segen. Das ist für mich mehr als genug“, betonte er.

Der Regisseur griff die regierende Republikanische und die oppositionelle Demokratische Partei an, weil sie den Streifen nutzten, um sich gegenseitig zu befeinden, eine Show, die er als „bedauerlich“ bezeichnete.

„Das ist ein Hollywoodfilm. Lassen wir die Politik aus dem Spiel. Wir reden von Amerikanern, die sich großzügig und hilfreich verhalten haben. Ich zweifle nicht daran, daß dieser Film in dreißig Jahren immer noch angeschaut wird, als eine Ehrung für die Gefallenen“, sagte er.

Bei den Vorbereitungen und Dreharbeiten des Filmes, die für Stone ein „Alptraum“ waren, assistierten ca. zwanzig Überlebende der Tragödie der Zwillingstürme von New York.

„Cage paßt perfekt in die Rolle. Er ähnelt dem Polizisten, den er darstellt. Die Botschaft ist, daß dies eine Zeit ist, um stark zu sein und das Positive in den Personen zu entdecken“, erklärte er.

Stone gab ferner bekannt, einen neuen Film über den 11. 9. zu planen, bei dem es diesmal aber um „die Verschwörungstheorie“ geht.

„Er wird davon handeln, wie das Weiße Haus seine eigene Agenda hatte, seine eigenen Interessen, die vor und nach dem Attentat alles andere überwogen“, sagte er.

*World Trade Center*, in New York und Los Angeles gedreht, ist einer der wenigen Filme in Stone's Kinokarriere, in dem er einzig und allein als Regisseur auftritt und nicht als Drehbuchautor. (EFE). •

# Ja,

Ich bestelle für die Dauer von

1 Jahr (12 Ausgaben) 15 Euro  6 Monaten (6 Ausgaben) 8 Euro

Zahlungsweise  gegen Rechnung  Per Bankeinzug

Anschrift  Meine Bankverbindung

Name  Geldinstitut

Str./Nr.  BLZ

PLZ/Ort  Konto

Datum / Unterschrift

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift  
Coupon an:  
GNN Verlag  
Zülpicherstr. 7  
50674 Köln  
Tel: 0221-21 1658

# Internationale Verkehrsausstellung übertraf Erwartungen

**LOURDES PEREZ NAVARRO**  
– für Granma Internacional

• WÄHREND der letzten vier Tage des September richteten Firmenveterane aus 52 Ländern ihr Augenmerk auf die 10. Internationale Verkehrsausstellung, FIT 2006, die auf dem Messegelände Exprocuba in Havanna stattfand.

Die Messe habe die Erwartungen zu einem Zeitpunkt, da das Land die Modernisierung und Rationalisierung in diesem Sektor suche, übertrafen, erklärte der Verkehrsminister Carlos Manuel Pazo Torrado, der herausstellte, die Veranstaltung habe sich zu einer konsolidierten Geschäftsbörse und einem wissenschaftlich-technischen Austausch entwickelt.

Besonders Rußland, die bolivarianische Republik Venezuela und China taten sich hervor, die auf der Ausstellungsfläche von mehr als 7.750 Quadratmetern, dem größten Messegelände der Hauptstadt, je einen kompletten Pavillon belegten.

Es wurden wichtige Dokumente unterschrieben, unter ihnen die Verträge über Zusammenarbeit, die vom kubanischen Verkehrsminister und seinen Amtskollegen von St. Vincent und den Grenadinen, Grenada und Bolivien unterzeichnet wurden.

## OMNIBUSSE FÜR DEN STADTVERKEHR AUS WEISSRUSSLAND

Mit Weißrußland wurde der Kauf eines großen Postens Omnibusse für den Stadtverkehr vereinbart und es wurden Verträge mit verschiedenen Ländern über den Kauf von Ausrüstungen, Ersatzteilen und Verbrauchsmaterialien abgeschlossen. Damit wurde der Politik und Strategie der kubanischen Regierung entsprochen, den Prozeß der Wiederbelebung und Modernisierung des öffentlichen Verkehrs voranzutreiben.

Die wichtigen Verhandlungen, insbesondere die mit China und Venezuela, seien ein Teil der Entwicklung der Bolivarianischen Alternative für die Amerikas, ALBA, erinnerte Pazo Torrado.

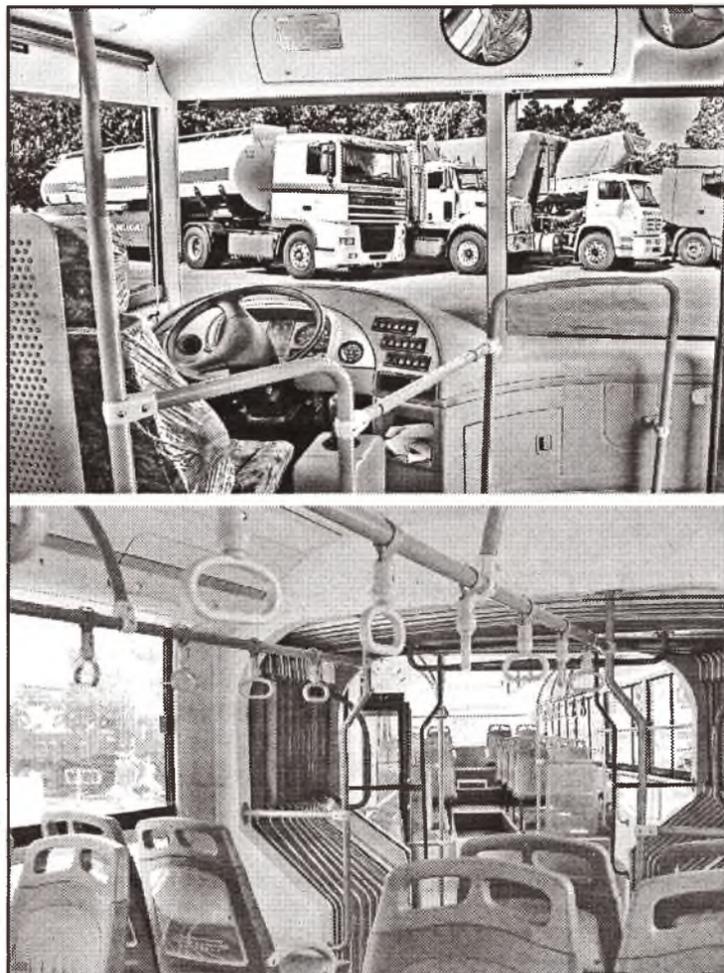
Neben der Ausstellung neuer Technologien betonten beide Nationen ihre Absicht, die Handelsbeziehungen mit Kuba zu vertiefen und sich am Prozeß der Wiederbelebung und Modernisierung des öffentlichen Verkehrs auf der Insel zu beteiligen.

Die Messe wurde vom Ministerpräsident der Russischen Föderation, Michail Jefimowitsch Fradkow, besucht.

## WEITERE 100 LOKOMOTIVEN AUS CHINA

„Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um zu der Entwicklung und Modernisierung der Eisenbahn in Kuba beizutragen“, sagte He Hongda, Vizeminister der chinesischen Eisenbahn, der versicherte, daß eine derartige Zusammenarbeit einen großen Einfluß auf die weiteren lateinamerikanischen Länder haben könne.

Anfang des Jahres wurden 12 Lokomotiven aus China in



13 Omnibustypen stellte die auf der Messe stark vertretene Gruppe Yutong vor. Sie hat in Havanna ein Zentrallager für Ersatzteile eingerichtet, um Ersatzteile nach Amerika zu liefern

Betrieb genommen, die extra für die Bedingungen unserer Bahnlagen gebaut wurden. In knapp sechs Monaten Betrieb wurden dadurch etwa eine Million Liter Treibstoff eingespart. Das, zusammen mit der Reparatur von 2.500 Eisenbahnwaggons und weiteren 80 Lokomotiven in kubanischen Werkstätten, ermöglichte den Anstieg des Gütertransports um 30%.

Derzeit werde über den Kauf weiterer 100 Lokomotiven und Ersatzteile verhandelt, diese werden einen bedeutenden Effekt, vor allem für Güterverkehr und somit für die na-

tionale Wirtschaft haben, informierte Eduardo Rodriguez, Vizeminister für Verkehr.

Der Einsatz der chinesischen Omnibusse der Marke Yutong im provinzübergreifenden Verkehr sei mehr als 15 Millionen Reisenden zugute gekommen. Diese und andere Verkehrsmittel für unterschiedliche Nutzungen haben dem Land beachtliche Energieeinsparungen ermöglicht.

Die Gruppe Yutong, die mit einer großen Repräsentation auf der Messe vertreten ist, exportiert ihre Produkte in mehr als 30 Länder. Im vergangenen Jahr verkauften sie mehr als 20.000 Busse. Sie verfügt über ein Handelsnetz in etwa 20 Ländern und unlängst hat sie ein Zentrallager für Ersatzteile in Havanna eingerichtet, von dem aus Ersatzteile nach ganz Amerika geliefert werden können.

Sie widmen dieser jährlichen Messe große Aufmerksamkeit, äußerte ihr Vizepräsident Wu Xiang Ling. Diesmal stellte Yutong 20 ihrer repräsentativsten Modelle vor, unter ihnen 13 Omnibustypen, 2 Spezialfahrzeuge und 5 Fahrzeuge für das Bauwesen oder den industriellen Einsatz.

## GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN MIT VENEZUELA ZUM BAU VON SCHWIMMDOCKS

Nach und nach machen die zwischen Kuba und Venezuela als Teil der ALBA getroffenen Vereinbarungen im Verkehrssektor Fortschritte.

Ein Zeichen dafür ist die kürzlich erfolgte Unterzeichnung der Gründungsakte für das Gemeinschaftsunternehmens Astimarca (Astilleros de Maracaibo Compañía Anonima), an dem das venezolanische Ministerium für Infrastruktur und Caribbean Drydock, ein Unternehmen des kubanischen Verkehrsministeriums, beteiligt sind. Sein Ziel ist der Bau eines Schwimmdocks in Kuba, das später in die Stadt Maracaibo im Bundesstaat Zulia überführt werden soll, um dort Wartungen an kleineren Schiffen vornehmen zu können.

Außerdem leisten kubanische Spezialisten dem Nationalen Institut für Zivile Luftfahrt Venezuelas in mehr als 30 Projekten technische Hilfe bei der Verbesserung der Luftfahrt und der Flughafeninfrastruktur, so zum Beispiel bei der Installation von Radaren und Funkfeuern, die den Kurs der Flugzeuge anzeigen, sowie in der Unterweisung im TranAir-Programm zur Erlangung des entsprechenden Zeugnisses. Kuba ist von der Internationalen Luftfahrtorganisation als Schulungszentrum für TranAir anerkannt.

Bolivien war ebenfalls auf der FIT 2006 vertreten, wenn auch nur als Gast. Pablo Rabczuk Ruiz, amtierender Verkehrsminister des Andenlandes, zeigte sich sehr beeindruckt von der Vielseitigkeit der Messe. Die ALBA, versicherte er, sei der Schlüssel für die Lösung vieler der Probleme, die sein Land durch die Kapitalisierung in diesem Sektor hat. Wir haben Projekte, verfügen jedoch nicht über die technischen Möglichkeiten, darin, so äußerte er weiter, können uns Kuba und Venezuela eine große Hilfe sein. •

# Mehr als 750 Unternehmen aus 43 Ländern auf der Internationalen Messe von Havanna 2006

**LISANKA GONZALEZ SUAREZ**  
- Granma Internacional

• CHINA wird auf der 24. Internationalen Messe in Havanna (FIHAV 2006) als der größte Aussteller zugegen sein. Trotz der Verstärkung der Blockade durch die Bush-Regierung weitet die kleine Karibikinsel ihre Handelsbeziehungen aus. Auf der diesjährigen Messe werden 43 Länder ihre Erzeugnisse ausstellen.

Wie der Vorsitzende des Organisationskomitees der FIHAV 2006, Abraham Maciques, und der Präsident der kubanischen Handelskammer, Raúl Becerra, der Presse mitteilten, haben über 750 ausländische Unternehmen ihre Teilnahme bestätigt, die eine Fläche von 10.833 Quadratmetern belegen werden.

Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika werden vertreten sein. China stellt auf einer Fläche von mehr als 2.400 Quadratmetern aus, Spanien mietete 1.445 qm und Rußland über 1.300 qm, Panama (537 qm), Brasilien (525 qm), Kanada (509 qm), Venezuela (455 qm), Italien (332 qm), Südko-

rea (324 qm), Mexiko (270 qm) und die Bundesrepublik Deutschland (243 qm).

Wie gewohnt wird der Pavillon von Alimport einer beachtlicher Anzahl von US-Firmen Raum bieten, die auf 411 qm ihre Produkte vorstellen werden. In dem Pavillon werden ebenfalls Chile, die Schweiz und Uruguay vertreten sein.

Weitere Aussteller auf der FIHAV 2006 sind Argentinien, Kolumbien, die Tschechische Republik, Ecuador, Belgien, Ghana, Holland, Vietnam, Japan, der Iran und die Türkei.

Von den teilnehmenden Nationen werden elf von Regierungseinrichtungen unterstützt: die Bundesrepublik Deutschland, Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Kanada, Spanien, Rußland, Venezuela, Südkorea, China und die Tschechische Republik. Aus Angola, Algerien, Argentinien, Belgien, Brasilien, Kolumbien, Ghana, Guatemala, Nigeria, Südafrika und Venezuela werden offizielle Delegationen unter der Leitung von Vizepräsidenten, Ministern, Vizeministern, Gouverneuren oder anderen Persönlichkeiten erwartet, die von der Eröffnung bis zum Abschluß der Messe am 4. November Ge-



Das Interesse an der wichtigsten Handelsmesse der Insel nimmt zu. 2005 wurden Verträge in Höhe von mehr als 400 Millionen USD unterzeichnet

legenheit haben, neue Produktionen zu beurteilen und die sie interessierenden Geschäftsbeziehungen zu knüpfen.

Der Präsident der Handelskammer Kubas, Raúl Becerra, informierte über die Beteiligung der Insel. Danach werden 290 nationale Unternehmen auf 5.000 qm des Messegeländes ausstellen, unter ihnen der Bereich Gesundheit mit Firmen für Biotechnologie und der medizinisch-pharmazeutischen Industrie, deren Erzeugnisse im Vorjahr im Export der Insel den zweiten Platz

einnahmen, nach dem Nickelerz, das auf der Messe durch Cubaniquel vertreten sein wird, eine der wichtigsten kubanischen Verkaufsfirmen der Grundstoffindustrie.

Die auf den letzten Messen angewachsenen Handelstransaktionen (2004 waren es 247 Millionen Dollar, aber 2005 wurden auf der FIHAV Dutzende von Verträgen über mehr als 400 Millionen Dollar abgeschlossen) sind ein ausgezeichnetes Zeichen für das steigende Interesse an der wichtigsten Handelsbörse Kubas. •

# Wird ein neues Nürnberg notwendig?

ELSA CLARO - Granma Internacional

• GEFragt nach der Wirksamkeit der Nürnberger Prozesse, erwägt der Historiker der Stiftung Gedächtnis des Holocausts, Abraham Zylberman: "Die Nazi-Oberen wurden wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschheit und Greueltaten verurteilt. In den letzten 60 Jahren haben sich manche Regierungen gleicher Dinge schuldig gemacht und müßten vielleicht auf einer anderen Anklagebank sitzen." Auch ohne sie namentlich zu nennen, weiß jeder, um wen es sich hier handelt.

Als jener berühmte Prozeß begann, schien das antifaschistische Bündnis angemessene Einigungen und vernünftige Interaktionen unter ehemaligen Gegnern möglich zu machen. Es ist bedauerlich, daß sich noch vor Beendigung des berühmtesten aller Gerichtsverfahren der Menschheitsgeschichte schmutzige Interessen durchsetzten und so zu dem führten, was man damals als Kalten Krieg bezeichnete.

Der Prozeß begann am 20. November 1945 in der deutschen Stadt, nach der er seinen Namen bekam, und wurde abgehalten, um diejenigen zu verurteilen, die den Tod von 44 Millionen Menschen (darunter 27 Millionen Sowjetbürger und etwa 6 Millionen Juden) verursacht hatten. Er endete Anfang Oktober 1946, aber es wurden nur einige und nicht alle der hohen Führer des Nazi-Faschismus von diesem Gericht verurteilt.

Denn während die von den Siegermächten (UdSSR, USA, Frankreich und Großbritannien) eingesetzten Justizbeamten daran gingen, die Schuld der Angeklagten zu beweisen, begannen andere Interessen sich breit zu machen, darunter die Befürchtung, die für den Kriegsausgang entscheidenden sowjetischen militärischen Siege könnten das von Moskau gewonnene Prestige erhöhen und die zur fälschlichen Darstellung des Systems entfaltete Angstpropaganda zunichte machen.

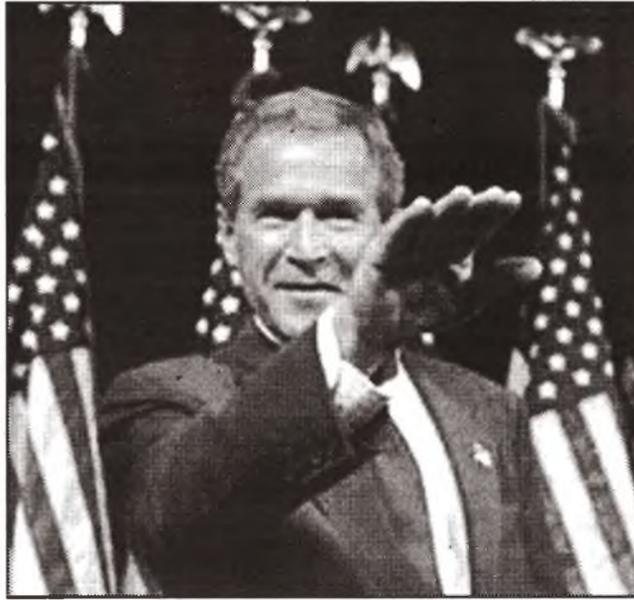
Es gab weitere Motive. Vor kurzem freigegebene Dokumente zeigen, daß die Beziehungen zwischen den Nazis und dem Office of Strategic Services (OSS, Vorgänger der CIA) enger waren als allgemein angenommen.

Als die sowjetischen Kräfte in das streng geheime Gebiet von Peenemünde kamen, hatten die US-amerikaner schon 400 Tonnen an Raketen und technischem Gerät abtransportiert und 118 deutsche Wissenschaftler und ihre Familien in die USA gebracht.

Diese heimliche Operation hatte die Rekrutierung der auf Kernforschung, Uranverarbeitung, Luftfahrt sowie biologischen und chemischen Krieg spezialisierten Nazi-Wissenschaftler zum Zweck.

Ebenso wurden 642 Wissenschaftler und Spezialisten des Hitlerregimes in US-amerikanischen Unternehmen oder offiziellen Programmen eingesetzt, wie beim Bau der Atombombe, deren Besitz die Grundlage für die nukleare Erpressung darstellte und ein Schritt zur Hegemonie war, auf die sie nie verzichtet haben.

Hjalmar Schacht, der Wirtschaftsminister und Präsident



der Zentralbank Deutschlands war, verbüßte nur eine sehr geringe Strafe, weil er später beim Wiederaufbau der US-Wirtschaft mitwirkte, erklärt Zylberman, der außerdem einschätzt, daß der Nürnberger Prozeß zwar eine Sache der Gerechtigkeit und der Ethik war, aber "die nicht so dicken Fische freizulassen, und nichts zu tun, um die dicken Fische, die sich in anderen Ländern in Sicherheit gebracht hatten, zu suchen, war dagegen eine ungerechte Sache. Alle wußten, wo Eichmann war, wo Mengele war. Walter Rauff, zum Beispiel, war in Chile, und zwar Berater von Pinochet, als dieser Präsident war. Klaus Barbie lebte in Bolivien und leitete in aller Öffentlichkeit ein Schiffahrtsunternehmen".

Den von Zylberman genannten Fällen könnte man noch etliche hinzufügen, aber was und wie wurde in jenem Ausnahme-Prozeß gerichtet?

Ende 1945 wird in London der Beschluß gefaßt, ein aus Justizvertretern der unterzeichnenden Staaten bestehendes Internationales Militärtribunal einzurichten, um gegen die Kriegsverbrecher Anklage zu erheben.

Als Kriegsverbrechen wurden die Verbrechen betrachtet, die gegen den Frieden begangen werden (Ausübung einer Kriegshandlung), Verbrechen im Kriegsverlauf (Verletzungen der Gesetze, die das Verhalten der Armeen während des Kampfes bestimmen, enthalten in den Wiener und Genfer Konventionen, die Washington jetzt mit Füßen tritt) und Verbrechen gegen die Menschheit (Ausrottung ethni-

scher oder religiöser Gruppen oder Vergehen an der Zivilbevölkerung, zum Beispiel Folterungen).

Genau betrachtet ergäben diese Konzepte die Grundlage, um ein Verfahren gegen die USA zu eröffnen. Sie sind als Prinzipien in der UNO-Charta enthalten, die in ihrem Inhalt die aus jenen schrecklichen Erfahrungen gezogenen Lehren verankert, um zu verhindern, daß ähnliche Greuel sich wiederholen. Und gerade weil die Menschheit vor ähnlichen Perversionen nicht sicher war, wurde es notwendig, den Internationalen Strafgerichtshof zu gründen.

Der Organisation der Vereinten Nationen zugewiesen, zeichnet er sich dadurch aus, daß er eine permanente Einrichtung ist, keine zeitlich befristete (wie das Tribunal von Nürnberg oder Tokio, oder das neuere von Ruanda oder dem ehemaligen Jugoslawien). Es ist bedauerlich, daß er in seinem kurzen Bestehen viele Mängel gezeigt hat.

1998 in Rom gegründet, hatte er von Beginn an die USA als starken Gegner. Zu Ende seiner Amtszeit beschloß der damalige Präsident William Clinton, sich ihm anzuschließen, aber sowie George W. Bush die Macht übernahm, widerrief er die Zustimmung Washingtons und droht sogar denjenigen, die es wagen sollten, einem US-Amerikaner vor diesem Gericht den Prozeß zu machen.

Es wird vorausgesetzt, daß der Internationale Strafgerichtshof es übernimmt, Individuen vor Gericht zu stellen, die Völkermord begehen, Kriegsverbrechen gegen die Menschheit und Aggressionen, und zwar immer dann, wenn der betroffene Staat "absichtlich oder aus Unfähigkeit das entsprechende Verfahren nicht einleitet". Außer dem ständigen Boykott durch die USA wirken auch die immanenten Mängel der UNO gegen ein normales Arbeiten dieser Einrichtung, denn einer der zur Anklage berechtigten Institutionen ist der Sicherheitsrat, und wie man weiß, sind die Möglichkeiten, dort zu einem Ausgleich zu kommen, gering, solange er sich in wenigen Händen befindet und das Vetorecht besteht.

So kommt es, daß das ständige US-amerikanische Blockieren verhindert hat, daß dieses UNO-Organ auch nur eine minimale Verurteilung Tel Avivs vornimmt, trotz der jahrelang begangenen, offensichtlichen Verletzungen.

In Nürnberg wurden die Fälle von etwas mehr als hundert Angeklagten analysiert, darunter einige von Ärzten, die Menschen als Versuchstiere für zweifelhafte Experimente benutzten.

Unter den hochrangigsten Angeklagten waren Hermann Wilhelm Göring, der in seiner Zelle Selbstmord beging, und der hohe nationalsozialistische Parteifunktionär Rudolf Heß, weiterhin Joachim von Ribbentrop, Diplomat des III. Reichs; der Waffenfabrikant Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der Feldmarschall Wilhelm Keitel, der Admiral Erich Räder und berüchtigte Unterdrückungsorgane wie die Gestapo und die SS.

Man weiß, daß viele von denen, die Konzentrationslager, Gaskammern und die Gefangenschaft von Millionen vor Menschen planten und verwirklichten, frei blieben. Einige sind im Alter eines natürlichen Todes gestorben, andere werden gleichfalls in ihren Betten sterben, was in etwa, wie es scheint, auch bei dem gegenwärtigen Faschismus passieren wird, der sich in die Fahne des Antiterrorismus hüllt, aber genau das macht, was er zu bekämpfen vorgibt. •

## Erklärung der Bewegung der Nichtpaktgebundenen Staaten zum Atombombenversuch der DVR Korea

• AM 13. Oktober 2006 traf das Koordinationsbüro der Bewegung der Nichtpaktgebundenen Staaten unter dem Vorsitz Kubas im Sitz der Vereinten Nationen in New York zusammen und beschloß folgende Erklärung zu dem Atombombenversuch, den die Demokratische Volksrepublik Korea am 9. Oktober vorgenommen hat:

1. Das Koordinationsbüro der Bewegung der Nichtpaktgebundenen Staaten äußerte seine Besorgnis zu dem Atombombenversuch, wobei es sich gleichzeitig der Komplexität bewußt ist, die sich daraus auf der Halbinsel Korea ergibt. Es stellt die Notwendigkeit heraus, noch intensiver zu arbeiten, um die Abrüstungsziele der Bewegung zu erreichen, zu denen die Beseitigung von Kernwaffen zählt. Die Bewegung fordert die in der Region beteiligten Seiten zur Mäßigung auf, um die regionale Sicherheit nicht zu gefährden; Atombombenversuche zu unterlassen und weder Stoffe noch Ausrüstungen und Verfahren zu transferieren, die mit der Herstellung von Kernwaffen in Verbindung stehen.

2. Die Bewegung äußert den Wunsch, daß die Halbinsel Korea entnuklearisiert wird und unterstützt die baldige Wiederaufnahme der sechseitigen Gespräche. Die Bewegung glaubt fest daran, daß der Einsatz von Diplomatie und Dialog als friedliche Mittel dazu beitragen können, eine nachhaltige Lösung zur koreanischen Kernwaffenfrage zu finden.

3. Angesichts dieser Aktion bestärkt die

Bewegung ihre prinzipielle Haltung zur nuklearen Abrüstung, die nach wie vor höchste Priorität hat, wie auch zu den damit verbundenen Fragen der Nichtverbreitung von Kernwaffen in allen ihren Aspekten, und stellt ihre Sorge angesichts der Drohung heraus, die sich aus der ständigen Existenz von Kernwaffen und ihrer möglichen Anwendung bzw. Drohung mit ihrer Anwendung für die Menschheit ergibt. Ebenso ist sie sehr beunruhigt über das langsame Tempo der nuklearen Abrüstung und über das Zögern der Staaten, die Kernwaffen besitzen, in Bezug auf die völlige Beseitigung ihrer Kernwaffenarsenale. Sie unterstreicht die Notwendigkeit, daß die Besitzerstaaten von Kernwaffen die Verpflichtung erfüllen, die sie im Jahre 2000 im Zusammenhang mit der völligen Beseitigung der Kernwaffen eingegangen sind und fordert in diesem Sinn, unverzüglich mit Verhandlungen zu beginnen.

4. Die Bewegung bezieht sich mit Nachdruck auf ihre Prinzipien und Prioritäten in Sachen Abrüstung und internationale Sicherheit, wie sie auf der 14. Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der Bewegung der Nichtpaktgebundenen Staaten, die in Havanna, Kuba, vom 11. bis 16. September 2006 stattfand, beschlossen wurden. •

## NORDKOREA

### Standpunkte

• "SEIT 1994 unterstützten wir eine Rahmenlösung, die von der Clinton-Regierung als positiv bewertet worden war. Daraufhin hätte sich unser Plan beinahe verwirklicht, aber die Regierung von George W. Bush ignorierte ihn und das Ergebnis ist das heutige Versagen."

Das äußerte der Ex-Präsident von Südkorea und Friedensnobelpreisträger Kim Dae Jung. Unter seiner Regierung wurden Handlungsrichtlinien zur Verständigung mit der Demokratischen Volksrepublik Korea festgelegt, um auf der Halbinsel zu harmonischen Beziehungen zu gelangen.

Ferner meinte er, daß "die Falken in Washington den Atombombenversuch" sowie die Schritte in entgegengesetzter Richtung zu verantworten haben: den Bruch des Rahmenvertrages, der vor zwölf Jahren mit der US-Regierung abgeschlossen werden konnte; die Ausweisung der Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde; die Ablehnung des Abkommens zur Nichtverbreitung und die Detonation einer atomaren Bombe, die, obwohl zehnmal kleiner als die von den USA auf Hiroshima abgeworfene, dazu führt, die KDVR zu den Staaten zu zählen, die Vernichtungswaffen besitzen.

Kim Dae Jung ist zudem der Meinung, daß die von ihm praktizierte Entspannungspolitik Situationen wie die jetzt kritisierten vermieden hat. Die aktuelle Druck hätte aber offensichtlich das volle Gegenteil zur Folge.

Als der Ex-Regierungschef diese Gedanken bekannt gab, nahm der UN-Sicherheitsrat eine Resolution an, die der Regierung in Pjöngjang ein Waffenembargo auferlegt und von ihr die Beendigung ihrer Kernwaffenversuche fordert. Weiterhin sieht die Resolution das Exportverbot von Luxusartikeln nach Nordkorea und die Blockierung der Konten seiner Funktionsträger im Ausland vor. In dem Dokument wird auf der unmittelbaren und bedingungslosen Wiederaufnahme der sechseitigen Gespräche (China, Rußland, USA, Japan und die beiden Korea) zu dem Atomprogramm jenes Landes bestanden

und daß es das Abkommen zur Nichtverbreitung von Atomwaffen unterzeichnet.

Die 15 Mitglieder des höchsten UN-Organen gelangten zu dieser Vereinbarung, nachdem Washington mit dem Vorschlag Rußlands und Chinas einverstanden war, den Text zu lockern. Der nordkoreanische Botschafter, Pak Gil-yon kritisierte die Vereinbarung mit den Worten:

"Wir lehnen die Resolution voll und ganz ab. Fest steht, daß der Sicherheitsrat seine Unparteilichkeit aufgegeben hat und mit zweifelhafte Maß mißt", prangerte er an. Pjöngjang "ist enttäuscht, daß der Sicherheitsrat nicht fähig ist, den USA gegenüber auch nur ein Wort der Besorgnis zu äußern", die "das Land mit Atomangriffen bedrohen und die Spannungen erhöhen, indem sie die bewaffneten Kräfte verstärken und große gemeinsame Manöver in der Nähe der Halbinsel Korea durchführen", sagte der Diplomat und verließ sofort die Versammlung.

Der nordkoreanische Botschafter hatte an anderer Stelle gesagt: "Sollten die USA den Druck erhöhen, wird Nordkorea dies als eine Kriegserklärung auslegen."

Wie die Presseagentur Reuters meldete, bringt die Resolution Nr. 1718 zum großen Teil den Geist und Inhalt eines US-Gesetzes zum Ausdruck, mit dem man anstrebt Syrien und dem Iran Sanktionen aufzuerlegen. Anschließend sei Nordkorea dem Plan hinzugefügt worden, wobei danach getrachtet wurde, diesen Maßnahmen internationalen Charakter zu verleihen.

Als das geschah und eine Woche nach dem Atombombenversuch sind die Zweifel nicht beseitigt. Die USA haben das Vorhandensein von radioaktiven Stoffen in der Atmosphäre nicht bestätigt, sie machten nur technische Angaben, nach denen im Japanischen Meer eine leichte Radioaktivität festgestellt worden sei. Schlußfolgerungen zu ihrer Herkunft hätten sie nicht.

Das Kommissariat für Atomenergie, das Teil eines internationalen Überwachungsnetzes von Atomversuchen ist, konnte den nordkoreanischen Versuch auch nicht "bestätigen oder ausschließen", der aber ein weltweites Echo von großer Tragweite verursacht hat. (Elsa Claro) •



# Unser Amerika



Die Verleumdungskampagnen gegen Präsident Evo Morales können seinen Erfolg nicht schmälern, denn in knapp acht Monaten hat er mit der Nationalisierung der Öl- und Gasvorkommen begonnen und erreicht, daß die Gewinne erstmalig dem Volk zugute kommen



## BOLIVIEN

### Sie werden es nicht verhindern

NIDIA DIAZ – Granma Internacional

• DIE drei apokalyptischen Reiter galoppieren unaufhaltsam durch Bolivien. Die lokale Rechte, die sie vertretende Medienmacht und das Imperium haben sich zusammen getan, um das Projekt zu zerstören, das, angeführt von dem indigenen Evo Morales, zum Ziel hat, den betelnden Analphabeten Lateinamerikas, zu dem das Land in der Vergangenheit diskriminiert worden war, zu befreien.

Die diabolische Dreieinigkeit läßt nichts unversucht, um ihren Vorsatz zu erreichen. Angefangen bei der Absicht, dem Präsidenten seine vermeintliche Unfähigkeit, die Aufgaben des Staates zu meistern, nachzuweisen, bis hin zu Versuchen, das Land in Reiche und Arme zu teilen, in Herren und Diener, in Weiße und Mestizen, in Gute und Böse.

Schlecht ging es ihnen, als das Volk sich an den Urnen für den Führer der Kokabauern entschied. Aber als der Staatschef am 1. Mai die Nationalisierung des Erdöls und des Erdgases verfügte und die Durchführung einer wirklichen Bodenreform terminlich vorzog, erschreckten die reichen Konservativen des sogenannten Östlichen Halbmonds des Landes, wo die Vorkommen an Erdöl, Erdgas und Erzen lagern, und können nun nicht mehr ruhig schlafen.

Schlaflosigkeit überkam sie später, als genau am 29. September, trotz der Machenschaften und des Drucks, die Verfassungsgebende Versammlung ihren ursprünglichen Charakter erklärte und ihre Fähigkeit, über den drei Gewalten, der Exekutive, der Legislative und der Justiz zu arbeiten, "denn in ihr", wie es im Text heißt, "wurzelt der Wille des Volkes, als Träger der Souveränität des Landes, zum Wechsel".

Seit diesen Ereignissen, die sie nicht verkraften und sie überraschen, schmieden sie untereinander Pläne, um die innere Ordnung zu unterwandern, die Regierung zu verleumden und in Schach zu halten, indem sie künstlich ein Klima der politischen und gesellschaftlichen Destabilisierung mit Warnungen vor einem möglichen Bürgerkrieg schaffen.

Das sind Argumente, mit denen Washington seine nationalen Anhänger ausstattet, die strenge Wächter über ihre eigenen und die Interessen der transnationalen Unternehmen mit Stammfirmen auf dem Boden der USA sind.

Vor diesem Hintergrund der Konfrontation erklärten die Gouverneure der reichen Provinzen Santa Cruz, Beni, Pando und Tarija, die den sogenannten Halbmond des bolivianischen Ostens bilden, ihren Ungehorsam gegenüber der Verfassungsgebenden Versammlung und drohten, die neue Verfassung, an der derzeit gearbeitet wird, nicht anzuerkennen, wenn die Versammlung ihren ursprünglichen und grundsätzlichen Charakter beibehält.

Mit der Androhung der Autonomie fordern sie, daß Entscheidungen mit einer Zweidrittelmehrheit getroffen werden müssen. Die oppositionelle Minderheit PODEMOS, die Partei des Ex-Präsidenten Jorge Quiroga, soll demnach zu einer Art Keil in den Verhandlungen werden, um den Entscheidungen der Mehrheit keine Erfolgchancen zu geben.

Es sei daran erinnert, daß an den ersten Tagen

der Verfassungsgebenden Versammlung die Delegierten von PODEMOS immer wieder drohten, die Arbeitsräume zu verlassen und die Redaktionsarbeit zu unterbrechen, um das Zustandekommen der neuen Verfassung zu verhindern, in der, im Unterschied zu allen vorgegangenen, die Mehrheiten berücksichtigt sein werden, die in der Vergangenheit von jeder nationalen Entscheidung ausgeschlossen waren.

Sie versuchen zu ignorieren – und das veröffentlichten sie in der Presse –, daß, obwohl die jetzigen Entscheidungen in der Verfassungsgebenden Versammlung mit einfacher Mehrheit getroffen werden, der gesamte Text am Schluß nur mit einer Zweidrittelmehrheit der Delegierten beschlossen werden kann.

Worum es geht ist der Versuch, zu verhindern, daß die Rechte des bolivianischen Volkes angemessen zum Ausdruck kommen, zu denen natürlich die Kontrolle der Naturressourcen und eine gerechte und gleichmäßige Verteilung des Reichtums zählen. Sie wollen verhindern, daß Artikel beschlossen werden, die nicht darauf abzielen, ihre Interessen zu verteidigen.

Trotz der Verleumdungskampagnen der Medien gegen die Regierung und vor allem gegen Präsident Evo Morales, der es schaffte, in knapp acht Monaten seiner Regierung mit der Nationalisierung der Öl- und Gasvorkommen zu beginnen, deren Gewinne erstmalig dem Volk zugute kommen werden.

Bolivien erhielt früher jährlich 539 Millionen Dollar an Steuern und Gewinnen aus dem Energiebereich. Nach dem neuen Gesetz über die Öl- und Gasvorkommen stieg diese Zahl auf 1,107 Milliarden Dollar, und bei Jahresende werden die Gewinne voraussichtlich mehr als 1,416 Milliarden Dollar betragen und in soziale Programme fließen.

Inmitten dieser Kämpfe kam ans Licht, daß einige große Zeitungseigentümer, ganz besonders die berüchtigten, die sich gegen den Präsidenten und seinen revolutionären Prozeß wenden, namhafte Großgrundbesitzer sind, die ihre Interessen durch die Durchführung einer wirklichen Bodenreform beeinträchtigt sehen. Sie haben nun begonnen, euphemistisch genannte Gruppen der "Selbstverteidigung des Grund und Bodens" zu bewaffnen, die nichts anderes sind, als paramilitärische Banden, die auf dem Land Panik erzeugen sollen.

Hinzu kommt, daß sich die bisher übersehene Solidarität aus Kuba und Venezuela in so wichtigen Bereichen wie Gesundheit und Bildung schon auf die Gesellschaft auswirkt, und daß die internationale Unterstützung für den Prozeß ansteigt, der die Möglichkeit einschließt, daß in Verhandlungen auf der Grundlage von Gleichheit und gegenseitigem Respekt Chile die so notwendige Öffnung zum Meer frei gibt, die für die Wirtschaft der Andennation so wichtig wäre.

Mit diesen und anderen bilateralen Vereinbarungen zeigt die Regierung von Evo Morales, daß man nicht auf die Souveränität verzichten muß, um Aktionen für das Volk zu unternehmen, denn es geht darum, wie Bolivar sagte, dem Volk soviel Glück wie möglich zu geben.

Niemand und nichts wird verhindern können, daß es so sein wird. •

## ZWEITER WAHLGANG IN ECUADOR

### Unversöhnliche Optionen

• MIT Ergebnissen, die in der Öffentlichkeit mit Protestkundgebungen vor dem Obersten Wahlgericht in Frage gestellt wurden, wird Ecuador bis zum 26. November warten müssen, um den neuen Mieter des Palacio de Carondelet zwischen dem Multimillionär und messianische Alvaro Noboa und dem Kandidaten der Alianza País, dem jungen Volkswirt Rafael Correa auszuwählen. Keiner von beiden konnte bei den Präsidentenwahlen am Sonntag, dem 15. Oktober, die notwendige Mehrheit erreichen.

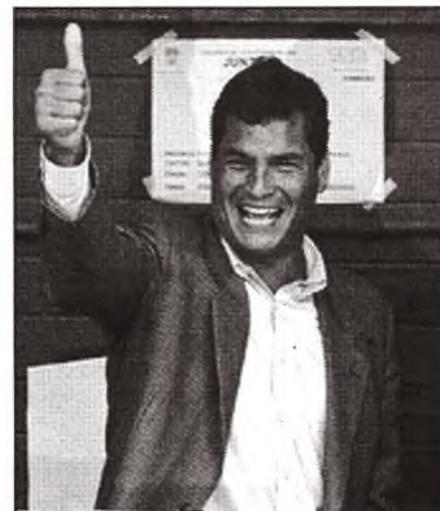
Angesichts des Drucks der Anhänger von Alianza País übernahm das Oberste Wahlgericht, das Tribunal Supremo Electoral (TSE), die Auszählung der Stimmen, weil das zu diesem Zweck bestellte brasilianische Unternehmen es unterließ, dies zu tun. Als 59,90% der Stimmzettel ausgezählt waren, lauteten die offiziellen Zahlen etwas anders und gaben Correa einen leichten Vorsprung vor seinem Hauptgegner Noboa, eine Tendenz, die entweder anhalten oder sich verändern könnte, ohne daß, wie es den Anschein hat, sich die Gewißheit eines notwendigen zweiten Wahlgangs ändert. Die Angaben auf der offiziellen Webseite des TSE besagen, daß der Kandidat der Partido Alianza País immer noch leicht vor seinem Rivalen liegt, denn er erhielt 811.780 Ja-Stimmen, d. h. 25,31% der abgegebenen Wahlzettel. Der Amtsanwärter der Partido Renovador Institucional Acción Nacional, Alvaro Noboa, dagegen erhielt 788.201 Stimmen, die 24,58% der Wahlzettel entsprechen.

Es sei daran erinnert, daß am 15. Oktober Noboa an erster und Correa an zweiter Stelle genannt wurde, was letzteren erklären ließ, gegen ihn sei Wahlbetrug begangen worden.

Selten haben sich zur Wahl zwei Projekte präsentiert, die nicht nur gut definiert sind, sondern sich unversöhnlich gegenüber stehen: das Projekt Correas und der Alianza País, das für das Soziale und den antineoliberalen unabhängigen Weg eintritt, und der Plan Noboas, der sich zugute hält, von Gott auserwählt worden zu sein und die armen Ecuadorianer – 60% der Bevölkerung – auf der Grundlage seines Programms zur Mittelschicht zu machen, das die ausländische Investitionsspekulation, den freien Handel, den Markt und die Ausdehnung des zurückgewiesenen Vertrages, mit dem Washington den Militärstützpunkt Manta, im Südosten von Ecuador, zur Unterstützung des Plans Kolumbien, verstärken will. Noboa hat zudem wiederholt gesagt, daß er, sollte er das Amt übernehmen, die Beziehungen zu den Regierungen Kubas und Venezuelas abbrechen werde.

Die Konfrontation, so der Bananenmagnat, sei ideologisch begründet und auf dieser Grundlage hat der Kandidat der Ultrarechten und der großen ausländischen Monopole zur Einheit gegen die Alternative eines neuen Landes aufgerufen, die der Kandidat Rafael Correas vertritt, der mit den gleichen Argumenten satanisiert wird, mit denen ehemals die politischen Kräfte des Kapitals und der venezolanischen Rechten Hugo Chávez dämonisierten.

Der ehemalige Wirtschaftsminister der Regierung von Alfredo Palacio drückte sich klar aus: "Die Bündnisse für einen Sieg in der zweiten Runde werde ich nicht bei den traditionellen Parteien, den Vertretern der sogenannten Parteienherrschaft, suchen." Lieber verlieren



Rafael Correa

wir tausendmal, so Correa, als daß wir auch nur eins unserer Prinzipien verraten. Das Fehlen dieser Prinzipien hat das Land in die Lage der Destabilisierung und des Verfalls gebracht, in der es sich befindet.

Bei dieser Analyse darf man nicht vergessen, daß Alvaro Noboa, von der Partido Renovador Institucional Acción Nacional (PRIAN), ein reicher Unternehmer, Vertreter all dessen ist, gegen das die Ecuadorianer gekämpft haben und wofür sie ihre Kräfte in Massenkundgebungen vereint haben, um drei Präsidenten aus dem Amt zu jagen: Abdalá Bucaram, Jamil Mahuad und Lucio Gutiérrez. Damit haben sie ihre Fähigkeit zur Mobilisierung und ihre Standhaftigkeit gegenüber den Vertretern des neoliberalen Modells demonstriert, die das Land verpfändet und verarmt haben.

Auf alle Fälle überraschten die Ergebnisse des 15. Oktober nicht. Seit 1979 ging kein Präsident aus einem ersten Wahlgang hervor. Ebenso überraschend auch die Tatsache nicht, daß im Verlaufe des Wahlkampfes nicht die Vorstellung von Regierungsprogrammen im Vordergrund stand, sondern die systematische Verleumdungskampagne gegen den Kandidaten von Alianza País. Nicht nur die lokale Rechte kann ihn nicht ausstehen, sondern dieses Gefühl findet sich auch weiter im Norden. Der mächtige Nachbar ist nicht einverstanden, daß sich Ecuador mit einer antineoliberalen und nationalistischen Alternative den Prozessen in der Region anschließt, die die hegemonialen Positionen des Imperiums eingeengt haben.

Hier liegt die historische Verantwortung der ecuadorianischen Wählerschaft, die gegen die Gleichgültigkeit gegenüber der Wahl und das Modell der repräsentativer Demokratie zu kämpfen hat, die schon seit langem nicht mehr repräsentativ ist wenn sie es überhaupt jemals gewesen ist. Knapp 30% macht keinen Gebrauch von seinem Wahlrecht. Anzunehmen ist daß ein großer Teil Protagonisten bei den Straßenkämpfen gegen jene waren, die ihr Vertrauen mißbraucht haben.

Jetzt muß sich herausstellen, ob sie für das Programm der Rechten und des Imperiums sind oder ob sie ihre Kräfte über die taktischen Meinungsverschiedenheiten hinaus, die bei einer oder anderen politischen Kraft der Linken vorhanden sein kann, denjenigen wählen, der dem Land dienliche ist. (NIDIA DIAZ) •



# Unser Amerika



ZWEIERLEI MASS IN DER US-POLITIK

## “Gute” Mauern und “böse”

NIDIA DIAZ – Granma Internacional

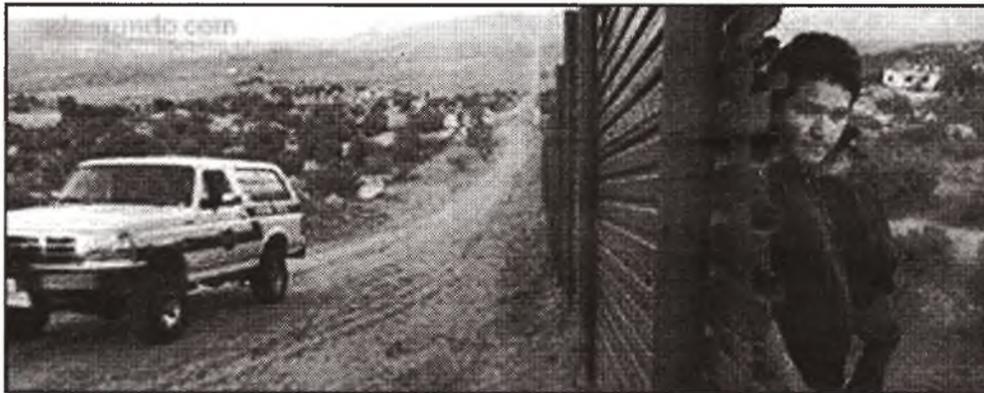
• MIT der infamen Verabschiedung des Gesetzes, das den Bau einer über 1000 Kilometer langen Mauer an der Südgrenze der USA erlaubt, gab die republikanische Regierung von George W. Bush Präsident Vicente Fox eine Ohrfeige für seine willige Unterwürfigkeit, mit der seine Regierung den USA sechs Jahre lang diente. Sie verriet sogar die Prinzipien, die seit eh und je die Außenpolitik Mexikos bestimmten.

Damit nicht genug. Fox überläßt Felipe Calderón, der kürzlich einen fraglichen, wenn auch bestätigten, Wahlsieg errungen hat, eine Agenda der Konfrontation, die der neue Regierungschef, der mit knapper Not auf den Präsidentenstuhl gelangte, am wenigsten gebrauchen kann.

Die mexikanischen Emigranten wurden vom Kapitol und vom Weißen Haus benutzt, um sich die konservative und rassistische republikanische Wählerschaft geneigt zu machen, damit die Republikaner bei den bevorstehenden Wahlen vom 7. November nicht die Mehrheit verlieren, über die sie im Parlament verfügen. Deshalb schließen sie mit harter Hand die bringen Grenze zu Mexiko, verlieren dabei aber die Möglichkeit, den Migrationsfluß zwischen beiden Ländern insgesamt zu regeln. In ihrer Hegemonialpolitik messen sie erneut nach zweierlei Maß, indem sie “gute” und “böse” Mauern, “gute” Illegale und “böse” Illegale gelten lassen.

An dieser Stelle sei daran erinnert, daß die Berliner Mauer mehr als 40 Jahre lang gern als Argument für die Verleumdungskampagnen gegen den Sozialismus in Osteuropa und als mediale Unterstützung im Kalten Krieg genutzt wurde.

Heute aber errichten Washington und Tel Aviv Wälle gegen Mexikaner und Palästinenser, die sehr viel ausgedehnter sind als die 144 Kilometer, die West-Berlin von Ost-Berlin trennten, ohne daß die westlichen Machthaber darum einen Skandal machen oder daß



Die über 1000 km lange Mauer wird 40% der Grenze USA-Mexiko einnehmen und von Bodenradar, Infrarotkameras, unbemannten Flugzeugen und Militärpatrouillen stark bewacht werden. Die unwegsamen Grenzgebiete bleiben offen, da dort der Tod sicher und unvermeidlich ist

das Thema von den transnationalen Informationsunternehmen in ihrer Verlagspolitik als vorrangig behandelt wird.

Noch weniger hält die Tatsache einer Analyse stand, daß die mexikanischen Immigranten, die illegal über die Grenze gehen, als Kriminelle betrachtet werden, während die Kubaner, die nicht selten an der gleichen Stelle oder über das Meer von Menschenhändlern in die USA geschleust werden, durch den *Adjustment Act* legalisiert werden und ihnen die Aufenthaltsgenehmigung zugestanden wird, aus dem einfachen Grund, weil sie vom Imperium im Krieg gegen die Kubanische Revolution benutzt werden.

Die innere Situation des Landes ist erneut zur Ursache für die Sinnlosigkeit der US-Außenpolitik geworden. Es zählen weder Verpflichtungen, noch Verbündete, nur Stimmen, um die Interessen des schlechtesten und reaktionärsten Teils der US-Gesellschaft zufrieden zu stellen.

Das Großmaul George W. Bush mußte sich diesen Interessen fügen und seine eigene Mi-

grationsagenda für immer archivieren, was die Innenpolitik aber trotzdem nicht unkomplizierter machen wird. Am 8. September demonstrierten mexikanische Immigranten in Vertretung der insgesamt zwölf Millionen, von denen die Hälfte keine Papiere hat, um gegen den Bau der Schandmauer zu protestieren, eine Aktion, die sich wiederholen und wie ein Schneeball anwachsen könnte.

Von allen Seiten erheben sich Stimmen gegen diese Entscheidung des Kongresses und der Exekutive der USA, selbst vom mexikanischen Parlament, dessen acht Fraktionen einstimmig, was fast eine Ausnahme darstellt, energisch das grüne Licht kritisieren, das für die Ausdehnung der Mauer gegeben wurde. Sie bezeichnen die Maßnahme als unglücklich und verfehlt, denn die illegale Auswanderung werde ihrer Meinung nach dadurch nicht verhindert, sondern die schwierigen und tödlichen Umwege werden von jenen noch stärker benutzt werden, die entschlossen sind, in die USA zu gelangen.

Die mexikanische Regierung brachte ihre

Ablehnung mit den Worten zum Ausdruck, die Entscheidung “schadet” den bilateralen Beziehungen.

Der Chef der Demokraten im Senat, Harry Reid, warnte weise, als er sein Nichteinverständnis bekundete: “Wir können die höchste Mauer der Welt bauen, aber unser Migrationssystem, das versagt hat, wird damit nicht in Ordnung gebracht werden.”

Die mexikanische Menschenrechtskommission betonte, eine solche Maßnahme fördere das “organisierte Verbrechen, die Unsicherheit und die schmutzigen Gewalttaten an der Grenze, und bedeutet mehr tote Immigranten”.

Allein in den sechs Jahren der Fox-Regierung gingen 3,5 Millionen Mexikaner illegal über die Grenze. Von ihnen verloren ca. 2.000 das Leben, sieht man von den nicht offiziell gemeldeten Todesopfern ab.

Die Mauer ist genehmigt. Der Kaiser hat seine Unterschrift unter die Entscheidung des Gesetzgebers gesetzt. 40% der Grenze USA-Mexiko ist stark bewacht, wobei auch Hochtechnologie wie Bodenradar, Infrarotkameras, unbemannte Flugzeuge und Militärpatrouillen, die kein Mitleid haben werden, eingesetzt wird. Die Grenzabschnitte zu Kalifornien, Arizona, Neu Mexiko und Texas werden verstärkt. 1,2 Milliarden Dollar werden zu Baubeginn investiert, sechs Milliarden kostet die Errichtung der Mauer insgesamt. Ausgenommen sind nur die unbewohnten und unwegsamen Gebiete, da dort der Tod sicher und unvermeidlich ist.

Das eigentliche Problem aber wird verschwiegen. Die Mexikaner ohne Papiere werden wie Verbrecher und wie Terroristen behandelt, denn die Mauer – 120 km existieren bereits – wird verlängert und mit der nationalen Sicherheit der USA gerechtfertigt, die Washington seit dem 11. September als Freifahrtschein für die schlimmsten Machenschaften auf der Welt anführt.

Was das Imperium und die Regierungen der Region wie die von Vicente Fox verschwiegen, ist, daß die Illegalen der konkrete Ausdruck der wirtschaftlichen Ungleichheit zwischen den USA und ihren Nachbarn infolge der Durchsetzung eines Modells ist, das die Lateinamerikaner in ihrem eigenen Land schon immer der Verarmung und Marginalisierung aussetzte, so daß für sie das Gebiet nördlich des Rio Bravo zur einzigen Option geworden ist. •

GIPFEL VON MONTEVIDEO

## Emigration: Vorurteile und Tatsachen

ELSA CLARO - Granma Internacional

• DIE Erhebungen von 2006 liegen noch nicht vor, aber aus den Statistiken des Vorjahres geht hervor, daß 191 Millionen Menschen als Immigranten in anderen Ländern leben. Die Zahl ist weltweit bisher die höchste, seit diese nicht gerade freiwilligen Abwanderungen statistisch verfolgt werden.

Die meisten Menschen (ca. 115 Millionen) emigrierten in die Industrieländer, die übrigen 75 Millionen in Entwicklungsländer oder Länder, wie etwa die Erdölstaaten im Nahen Osten, die gewisse Einkommenshöhen erreicht haben.

Für Lateinamerika und vor allem für Mexiko sind die Vereinigten Staaten und Kanada das nächste Ziel.

Es handelt sich um ein globales Problem, das in den letzten Monaten auf mehreren Treffen analysiert wurde und ist darum auf dem 16. Iberoamerikanischen Gipfels in Uruguay auch das Schwerpunktthema.

Die Gastgeber erarbeiteten ein Dokument, um das sich die Debatten drehen werden. Ein Teil des Inhalts wurde auf Treffen wie der Zusammenkunft der Parlamentarier der Region (Juli) behandelt, die diese komplizierte Angelegenheit von unterschiedlichen Seiten beleuchteten. Auch in den Vereinten Nationen (September) wurde sie diskutiert und kürzlich in Finnland (Oktober) von den 25 Mitgliedern der Europäischen Union. Spanien, das Zielland für Auswanderer vor allem aus Schwarzafrika, hatte darum gebeten.

Die vielen Bezugnahmen auf das Thema sind ein Beweis für seine Dringlichkeit. Es ist Zeit, Lösungen zu finden.

Es ist bedauerlich, daß die Herangehensweise des Nordens noch immer in Repressalien besteht. Im Falle der EU beeilt man sich, Ausrüstungen und Materialien für die Grenzkontrollen zu spenden, aber Interessen oder Programme werden

nicht abgestimmt, um die Gründe für das Auswandern so vieler Menschen in unbekannte Länder zu vermeiden.

Die Errichtung von Hindernissen, die Ausübung von Druck oder das Abschieben von Ausländern sind keine geeigneten Methoden. Das konnte man den Schlußfolgerungen des schon erwähnten Treffens der Parlamentarier Iberoamerikas entnehmen, die dazu aufriefen, “keine Mauern gegen Immigranten zu errichten”.

Bei einer umfassenden Analyse dieser Frage behandelten die Abgeordneten Aspekte wie den Menschenhandel, ein Geschäft, das einen weiten Bogen beschreibt, das beim Betrug der Betroffenen beginnt und bis zur Prostitution von Frauen und Kindern reicht und enorme Gewinne mit tragischen Ergebnissen verschafft.

Ein weiterer Punkt war die Ausbeutung der Ausländer, die immer die von den Einheimischen verachteten Arbeiten verrichten und weniger Lohn für die gleiche Arbeit erhalten. Das sind zwei von vielen anderen Realitäten, die meistens übersehen werden, wenn die reiche Welt die Emigration analysiert.

### FEMINISIERUNG DER ARMUT

Übersehen werden bei allen Berichten der entwickelten Länder auch, daß sie sich von den Gehirnen der Dritten Welt nähren, um Mängel wie die Vernachlässigung der Ausbildung von Fachleuten auszugleichen. Aus Lateinamerika und der Karibik leben über eine Million Fachleute im Ausland.

Die Emigration hat bemerkenswerte Unterteilungen. Eine ist die Feminisierung der Armut und darum auch die der Migration, wie festgestellt wird. 25 Millionen, ca. die Hälfte aller Emigranten in der Welt, sind Frauen. Eine Vorstellung von dem Drama bekommt man, wenn man die Lage der 35.000 Kolumbianerinnen betrachtet, die jährlich in reiche Nationen verschleppt werden. Der Gewinn aus diesem Geschäft wird auf ca. 500 Millionen Dollar geschätzt.



Die Mauer an der Grenze der USA zu Mexiko

Ausgenommen sind jene, die mit Arbeitsangeboten betrogen werden und in Bordellen landen oder in Bedingungen von Halbklaverei leben, die auf der Suche nach dem Glück ausgewandert sind und oftmals ihre Kinder zurücklassen mußten, die bei Verwandten aufwachsen und nicht immer eine gute Erziehung erfahren. Die Familie als einheitliches Ganzes löst sich auf und die schweren Folgen sind kaum wieder gut zu machen.

Die Hindernisse und Ausreden, um Emigranten das Einwandern zu verwehren, zwingen viele dazu, ihr Land ohne Dokumente zu verlassen. In den USA befinden sich elf Millionen Lateinamerikaner in dieser Lage.

Abgeordnete aus 19 lateinamerikanischen Ländern, Andorra, Spanien und Portugal, die diese Fragen auf dem bereits genannten Treffen debattierten, unterzeichneten einen Text, den sie an das Iberoamerikanische Sekretariat weitergeleitet haben, damit ihre Vorschläge, über deren Realismus und Reichweite kein Zweifel besteht, auf dem Gipfel in Montevideo den teilnehmenden Staats- und Regierungschefs zur Kenntnis vorgelegt werden können. •



# Unser Amerika



## Uruguay im lateinamerikanischen Kontext

NIDIA DIAZ – Granma Internacional

• ZWEIFELLOS haben sich seit der Machtübernahme der uruguayischen Linken vor einem Jahr und acht Monaten, als die Regierung von Tabaré Vázquez das Amt antrat, viele Dinge im Land getan, von denen einige fälschlich dargestellt wurden und nicht wenige Unverständnis hervorriefen.

Die Haltung Tabarés dem US-Präsidenten, George W. Bush, gegenüber, die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mittels *fast track* abzulehnen und ohne Überstürzung und Bedingungen einen Weg für den Gütertausch zwischen den beiden Ländern zu suchen, ist ein Schritt in die richtige Richtung und die Bestätigung dafür, daß die Verpflichtung des Staatsführers zur Verteidigung der Souveränität und der Rolle des Staates weiterhin unverzichtbare Grundpfeiler der Regierung der *Frente Amplio* sind.

Einige sind sogar der Meinung, der Präsident hätte die Tür nicht einmal einen Spalt weit offen halten dürfen, wenn es sich um die Möglichkeit eines zukünftigen Vertrages mit Washington handelt, nicht einmal für einen Vertrag außerhalb des FTA (Freihandelsabkommen). Das sind jene, die innerhalb der Linkskräfte anstreben, daß das historische Programm der Linken von Uruguay in all seinen Punkten erfüllt wird.

Die Weigerung der Regierung, sich den Bestrebungen des Weißen Hauses zu fügen und einen einseitig den USA zum Vorteil reichenden Vertrag, wie das FTA, zu unterzeichnen, wie es bereits die Regierung von Peru zahn und diensteifrig getan hat, ist zweifellos ein Rückschlag für jene, die von einer grenzenlosen Erweiterung ihrer Beziehungen zu den USA träumen, denen sie den Vorrang vor anderen Alternativen geben wollten, wie dem MERCOSUR und bilateralen Vereinbarungen mit Regierungen, wie zum Beispiel der bolivianischen.

### EIN NOTWENDIGER NACHTRAG

Die *Frente Amplio* ging als Sieger aus den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2004 hervor. Ihr gehörten die in Uruguay klassischen traditionellen Linkskräfte an, denen sich während des Wahlkampfes das Linksbündnis *Encuentro Progresista*, dem die *Democracia Cristiana* angehörte, zu einem Bündnis anschloß, ebenso einige unabhängige, abgesplitterte Sektoren der Parteien *Blanco* und *Colorado* und die sogenannte *Nueva Mayoría*, die vom sozialdemokratischen Senator Rafael Miquelini angeführt wird.

Dieses Konglomerat kam an die Macht und bildete eine Regierung. Mit der nicht verborgenen Absicht, während seines Mandats die Anstrengungen und Risiken zu verteilen, wurden die führenden Vertreter der wichtigsten politischen Kräfte der im Parlament vertretenen Linken zu Ministern ernannt.

Und um das Regierungsprogramm (Zahlung der sozialen Schuld und Aufbau eines produktiven Landes) zu erfüllen, bildete Tabaré ein Kabinett, dem unter seiner Leitung Persönlichkeiten verschiedener Richtungen angehören, wie zum Beispiel Marina Arismendi, die Ministerin für Soziale Entwicklung und Generalsekretärin der Kommunistischen Partei, oder Danilo Atorí, der Minister für Wirtschaft und Finanzen, ein führender Politiker des Parlaments von

Uruguay, der gemäßigte Positionen vertritt. Dieser spielte schließlich eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen mit den internationalen Kreditorganen, die zur Unterzeichnung einer Absichtserklärung mit dem IWF führten, welche die Anerkennung der von der Regierung des ehemaligen Präsidenten, Jorge Batlle, eingegangenen Zahlungsverpflichtungen einschließt.

Diesem Plan wies er von diesem Moment an mehr als drei Milliarden Dollar zu und orientierte darauf, daß das Land in den ersten drei Jahren einen steigenden Haushaltsüberschuß haben soll. Um dies zu erreichen muß der Staat unweigerlich seine Ausgaben kürzen und kann für soziale Zwecke nur eine kleinere Summe ansetzen. Das Sozialhilfeprogramm wurde entsprechend mit 200 Millionen Dollar veranschlagt.

Es handelt sich nicht nur um eine Mehrparteien-, sondern auch um eine Mehrklassenregierung, weshalb auch die vom Kabinett getroffenen Entscheidungen ein Ausdruck dieses Bündnisses mit all seinen Widersprüchen und Einschränkungen sind, was letztendlich den Rhythmus des Prozesses bestimmt.

Hier muß erwähnt werden, daß die uruguayische Linke eine Linke innerhalb des Systems ist. Sie wuchs innerhalb des Systems auf, entwickelte sich in ihm und kam in ihm voran, weshalb ihre Absichten in Bezug auf Veränderungen an die systemeigenen Regeln gebunden sind.

Ungeachtet ihrer Besonderheiten schließt sich die fortschrittliche Regierung Uruguays zum Nutzen der Region den Veränderungsprozessen an, die sich auf dem alternativen Weg gegen das vom Imperium auferlegte neoliberale Modell Durchbruch schaffen.

### DAS ERBE UND DIE ERFOLGE

Die Machtübernahme beendete 170 Jahre sich abwechselnder Regierungen der beiden traditionellen Rechtsparteien. Die *Frente Amplio* erbt das wirtschaftliche Debakel einer neoliberalen Politik, das sich im Jahr 2004 in einer Verschuldung von mehr als 12 Milliarden Dollar ausdrückte, was 106% des Bruttoinlandsprodukts entspricht; sie erbt eine beispiellose Verschlechterung der gesamten Produktionsstruktur des Landes und fast eine Million Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, zu denen noch die mehr als 300.000 im absoluten Elend lebenden hinzukommen.

Angesichts dieser Realität besetzte Tabaré das Ministerium für Arbeit und Sozialversicherung mit einem Vertreter der Tupac Amaru, der als erstes ein Gesetz außer Kraft setzte, das die Unterdrückung der Gewerkschaften zuließ, wenn diese bei Protestaktionen Fabriken besetzten, und förderte statt dessen die Verhandlungen. Die Löhne wurden erhöht, wenn auch nicht in dem Maße, wie sie infolge der neoliberalen Politik gesunken waren, aber ausreichend, um den Binnenhandel in einem bestimmten Maße anzukurbeln. Gleichzeitig erhalten die ärmsten Familien über das Sozialhilfeprogramm eine Unterstützung, und die Arbeitslosigkeit ist nicht angestiegen.

Die Regierung hat Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern ermöglicht. Sie hat die konsequente Anwendung der Arbeitsgesetze verteidigt, die Lohnrate und den Kündi-

gungsschutz gestärkt, während die Arbeiterbewegung ihrerseits die Fähigkeit der Regierung lobt, sie anzuhören und auf ihre Forderungen einzugehen.

### EINE KOMPLIZIERTE SITUATION

Dazu kommt die Vielschichtigkeit der regionalen Situation. Die uruguayische Linke übernahm die Regierung, als der MERCOSUR beachtlichen Schwierigkeiten gegenüberstand und als Argentinien den bilateralen Beziehungen mit Brasilien Vorrang gab. Noch heute gibt es Probleme mit dem Nachbarland, das die Inbetriebnahme von Zelloseanlagen wegen Umweltschutzproblemen ablehnt.

Uruguay erlitt Beeinträchtigungen von mehr als 300 Millionen Dollar, weil Argentinien ihm die Brücken schloß, die das Land mit seinen Nachbarn verbinden, was den bilateralen Handel mit Chile und Brasilien erschwerte.

Das Traurige an der Situation ist, daß dies von Sektoren innerhalb der Regierung zum Vorwand genommen wurde, um Verhandlungen mit den USA zu führen. Eine systematische und anhaltende Kampagne zur Verbesserung der Handelsbeziehungen mit dem mächtigen Nachbarn des Nordens bewirkte, daß dieser jetzt 22% des uruguayischen Fleisches kauft.

Es waren Störaktionen hoher Beamter mit neoliberaler Tendenz, die zusammen mit der Rechten die Unterzeichnung des FTA mit den USA als notwendig und unumgänglich betrachteten.

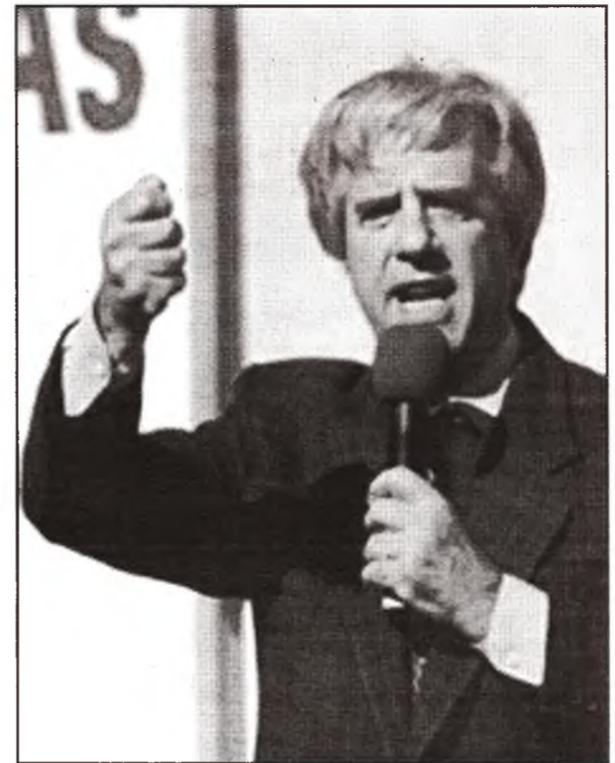
Diese Situation rief eine politische Debatte in Uruguay hervor, in der die Rechte den MERCOSUR gegenüber dem FTA verteilte, während die soziale Bewegung und die Gewerkschaftszentrale PIT-CNT die Möglichkeit eines eventuellen Abkommens mit Washington, das selbstverständlich den nationalen Interessen schaden würde, zurückweisen. Ihnen schloß sich das Nationale Plenum der *Frente Amplio* an, das sich im wesentlichen gegen das FTA aussprach.

Ein Freihandelsabkommen mit den USA würde zwei entscheidende Aspekte in Frage stellen, die mit der potentiellen Entwicklung und dem Wachstum Uruguays in Verbindung stehen: das intellektuelle Eigentum an Kenntnissen und die staatlichen Unternehmen. Diese bezeichnen einige Analytiker als die "Kronjuwelen". Mit der Privatisierung dieser staatlichen Unternehmen würde man nicht nur dem Staat seine Wachstumshebel nehmen, sondern eine Debatte mit unvorhersehbaren politischen Folgen hervorrufen.

Inmitten dieser Situation hat die Regierung von Tabaré Vázquez und der uruguayischen Linken sehr wichtige bilaterale Beziehungen zu Kuba und Venezuela aufrechterhalten und weiterentwickelt. Mit diesen Ländern wurden Verträge sozialer und wirtschaftlicher Tragweite unterzeichnet. Gleichzeitig hat die Regierung die Unabhängigkeit ihrer Positionen im internationalen und regionalen Spektrum bekundet.

### DIE LEHREN

Viele Analytiker und Beobachter der uruguayischen Situation weisen darauf hin, daß die Weigerung Tabarés, das FTA zu



Die Regierung von Tabaré Vázquez hat sich geweigert, einen Freihandelsvertrag mit den USA zu unterzeichnen, der nicht den uruguayischen Interessen entspricht

unterzeichnen, definitiv sei, und daß die berühmte vorgeschlagene Studie zur Findung neuer Wege im bilateralen Handel mit den USA sozusagen ein uruguayischer Ausweg sei.

Darüber hinaus zeigt der Prozeß der Verhandlungen und Debatten über ein Handelsabkommen mit Washington, zu dessen Unterzeichnung es nicht gekommen ist, daß der größte Teil der *Frente Amplio*, die Linkskräfte Uruguays und die soziale und Gewerkschaftsbewegung daran interessiert sind, das anti-neoliberale Programm zu einem glücklichen Ende zu bringen, und sie entscheiden sich zweifellos für ein unabhängiges wirtschaftliches Wachstum.

Der Prozeß beweist ferner die Kapazität der Linken, inmitten ihrer Vielfalt grundsätzlich einheitliche Meinungen zu grundlegenden Themen zu formulieren, und vor allem, daß nur durch eine ständige, beharrliche und systematische Mobilisierung erreicht werden kann, daß dieses Regierungsprogramm erfüllt wird, und daß die Versuche, seine Erfüllung zu vereiteln oder einzuschränken, ganz gleich aus welcher Richtung sie kommen mögen, in Zukunft keinen Halt haben werden.

In jeder möglichen Analyse sollte eins immer klar sein: damit ein Projekt der Unabhängigkeit Uruguays Stabilität und Entwicklungsmöglichkeit erhält, ist der politische Wille seiner Urheber und Akteure allein nicht ausreichend. Es ist notwendig, daß der Prozeß des Wandels, der mit Regierungen wie denen von Venezuela und Bolivien im Kontinent stattfindet, weiter ausgebaut wird, und daß auch Regierungen wie die von Argentinien und Brasilien die Notwendigkeit erkennen, daß im Sinne der Integration und der regionalen Unabhängigkeit die Ungleichheit und das niedrigere Entwicklungsniveau von Ländern wie Paraguay und Uruguay berücksichtigt werden muß.

Machen wir uns nichts vor. Das wahre Ziel der Republikaner-Regierung von George W. Bush in seinem Streben nach Unterzeichnung eines FTA, in diesem Fall mit Uruguay, ist es, Brückenköpfe zu errichten und Keile in den Integrationsprozeß zu treiben, der sich auf gegenseitiger Achtung, Zusammenarbeit und Solidarität basierend in Lateinamerika einen Weg bahnt. •

**LULA WIEDERGEWÄHLT**

# Brasilien hat sich gegen den Neoliberalismus entschieden

NIDIA DIAZ – Granma Internacional

• IN seiner Offensive mit dem Ziel, im zweiten Wahlgang den Sieg zu erringen, setzte Präsident Luiz Inácio Lula da Silva auf das Werk seiner ersten Amtszeit, das, wenn es auch den Erwartungen vieler nicht entsprach, nicht wenig war. Er redete nicht um begangene Irrtümer herum und nahm die Fehler seiner Partei auf sich. Vor allem aber stellte er klar, daß "ein Volk die entscheidenden Optionen seiner Geschichte nicht in die Hände Dritter legen darf".

Dieses opportune Konzept der Selbstbestimmung und Souveränität war eine klare Botschaft für jene, die mit ihrer Vorliebe für das von Washington in der Region durchgesetzte neoliberale Modell, das Land zum Schaden seiner Mitbürger ausländischen Interessen unterordneten.

Unserer Ansicht nach hat ihm sein Programm, das er in den 46 Monaten als Regierungschef von Brasilien verteidigt und verwirklicht hat, die Wiederwahl mit unwiderruflichen und beeindruckenden 60,64% der Wahlzettel gesichert. Damit hat sich die Wählerschaft gegen den Neoliberalismus und für den Fortschritt einer souveränen Gesellschaft des Einschlusses und der sozialen Gerechtigkeit innerhalb des lateinamerikanischen Integrationsprozesses entschieden.

Mehr als 58 Millionen Brasilianer stimmten für Lula. Die groß angelegte Medienmaschinerie und die Politik, die gegen ihn in Bewegung gesetzt worden war, vermochten nicht, trotz der Oligarchie und der dem neoliberalen Modell nahe stehenden Schichten, auch nur einen einzigen Beweis erbringen, daß der Präsident mit den vermeintlichen Korruptionsfällen zu tun hatte, in die bedeutende Vertreter seiner Partei, der PT, verwickelt waren.

Lula kehrt an die Spitze der Regierung zurück und hat die Unterstützung von 16 der 27 Gouverneure. Es besteht die Möglichkeit, daß sich noch weitere drei Gouverneure, die sich als unabhängig erklärt haben, seiner Sache anschließen. Fünf sind von der PT und werden die Bundesstaaten Bahia, Sergipe, Piauí, Acre und Pará regieren.

Jene, die annahmen, daß die Anhänger des ehemaligen Gewerkschaftsführers nur die Armen sein würden, fühlten die Wahlergebnisse des 29. Oktober sicher wie einen Schlag ins Gesicht. Wenn von den 60,64% der Wahlzettel – über 20 Millionen Stimmen mehr als Geraldo Alckmin – auch 82% der Stimmen aus dem Nordosten und von den Bewohnern des Amazonasgebiets, den ärmsten Regionen Brasiliens, stammen, ist es aber ebenso gewiß, daß er von 54% der



Lula gewann die Wahlen mit 60,64%

Wähler aus dem Südosten und von 44% der Wahlberechtigten aus dem Süden gewählt wurde, wo einflußreiche Sektoren der Mittelschicht angesiedelt sind.

Das Modell, das Geraldo Alckmin repräsentiert, hat sich in dieser immensen Nation erschöpft. Brasilien ist die achtgrößte Wirtschaft der Welt. Die Ungleichheiten und die ungerechte Verteilung des Reichtums erreichte dort nicht nur die traditionell Ausgeschlossenen, sondern auch einen großen Teil der Mittelschicht. Diese soziale Schicht mied in den letzten 16 Jahren die Proteste der Mehrheit, denen sie sich in dem Maße anschloß, wie sie infolge der Privatisierungspolitik begann, sich plötzlich in der Welt der Armen zu sehen.

Der brasilianische Ökonom Theotônio Dos Santos stellte fest: "Eines hat sich klar erwiesen, wenn es auch wahr ist, daß die Mehrheit der Bevölkerung sich eine entschiedenere Verpflichtung Lulas für eine Wirtschaftspolitik des Wachstums und für einen tiefgreifenden sozialen Wandel gewünscht hätte, so weiß sie doch auch sehr gut, daß die rechte Opposition sehr wenig oder nichts anbietet hat. Es herrscht sogar das starke Bewußtsein, daß eine rechte Regierung das öffentliche Eigentum ganz schnell wieder angreifen würde und zu hohen

Zinsen, zur Kürzung der sozialen Ausgaben und zu den neoliberalen Wirtschaftsabenteuern zurückkehren wird."

Diesmal fängt Lula nicht bei Null an. In seinem ersten Mandat reduzierte sich die Armut um sieben Millionen Menschen; die Zahl der von Unterernährung betroffenen Kinder sank von 18 auf 6,6%; elf Millionen Brasilianern kam das Programm Bolsa familia zugute und 37 Millionen Kinder erhielten erstmals ein kostenloses Essen; das Mindestgehalt wurde verdreifacht, wodurch die Kaufkraft steigt.

Unter nicht wenigen Schwierigkeiten setzte er ein einmaliges Gesundheitssystem durch. Es beinhaltete die Senkung der Arzneikosten um bis zu 90% und ermöglichte, 130.000 Jugendlichen Stipendien zu gewähren, um ihr Studium an Hochschulen fortzusetzen. Unter seiner Regierung wurden vier neue Universitäten gebaut. Kein Präsident hat seit der Rückkehr der Demokratie so viel in so kurzer Zeit für die Bildung des Volkes getan.

Am 1. Januar 2007, wenn er seine zweite Amtszeit und sein letztes Mandat antritt, wird Lula weiter kämpfen müssen gegen die Kampagnen und die Feindseligkeit einer Rechten, die sich nicht damit zufrieden geben wird, die Macht verloren zu haben. Er wird schne-

**Fidel beglückwünscht Lula**

• AM Vormittag des 30. Oktober sandte der *Comandante en Jefe* dem gewählten Präsidenten von Brasilien, Luiz Inácio Lula da Silva, folgendes Glückwunschsreiben:

Werter Lula!

Niemals hegte ich den geringsten Zweifel, daß ein Sieg von Dir das Beste für Lateinamerika und für Brasilien sein werde. Darum freue ich mich, Dir zu Deinem Sieg zu gratulieren.

Fidel Castro Ruz

ller vorwärts schreiten müssen beim Aufbau eines neuen, alternativen Modells, das in der Region zum Durchbruch kommt und im Fall Brasiliens unter anderem die Umverteilung des Bodens sowie die Erfüllung der Verpflichtung einbezieht, jedes Jahr 400.000 Landfamilien Boden zur Bewirtschaftung zu übergeben.

Die Bündnisse, die er eingehen mußte, um einer Vereinbarung der Rechten zur Verhinderung seiner Wiederwahl zuvorzukommen, werden sich unvermeidlich in Machtquoten niederschlagen, die im entsprechenden Moment, wenn deren Inhaber ihre Klassenpositionen beziehen, den Wandlungsprozeß verlangsamen und behindern könnten. Das ist eins der Risiken, die Lula einzugehen hat.

"Jetzt gilt es, keine Zeit mehr zu verlieren", sagte er, als er von seinem Sieg erfuhr: Hilfe für die Armen, Umsetzung des Programms der sozialen Gerechtigkeit und einer politischen Reform im Land werden die Säulen des neuen Mandats in der Innenpolitik Brasiliens sein.

In der Außenpolitik wird der Mercosur die Priorität im lateinamerikanischen Integrationsprozeß sein sowie der Süd-Süd-Dialog und die Führung des Landes auf eine wichtige Ebene, die es wegen seiner Bedeutung für den Kontinent haben sollte.

Dem brasilianischen Volk gebührt das historische Verdienst, sich in einem Wahlkampf für den richtigen Weg entschieden zu haben. Seine Stimme wird den Aufbau dieses alternativen Projekts zu den Absichten des Großkapitals und der Unterordnung unter das Imperium möglich machen.

Lula und seine Regierung hat nun den Willen seines Volkes zum Wandel zu Ende zu führen, das es wie nie zuvor mit dem Kampf anderer Völker vereinen wird, die sich in der Region die gleichen Ziele gestellt haben. Gemeinsam wird alles leichter sein. •



Fünf kubanische Patrioten verbüßen lange Haftstrafen in den Vereinigten Staaten, weil sie ihr Volk gegen den Terrorismus verteidigt haben. Mehr Informationen dazu unter: [www.granma.cu](http://www.granma.cu), [www.granma.cubaweb.cu](http://www.granma.cubaweb.cu), [www.freethefive.org](http://www.freethefive.org), [www.antiterroristas.cu](http://www.antiterroristas.cu)

**NEHMEN SIE VERBINDUNG ZU DEN FÜNF HELDEN AUF**

**ANTONIO GUERRERO RODRIGUEZ** - ANTONIO No 58741-004 Postanschrift USP FLORENCE PO BOX 7500 5880 State HWY 67 South Florence, CO 81226 Telf.: 719-784-9454 Fax: 719-784-5157 **FERNANDO GONZALEZ LLORT (RUBEN CAMPA)** No 58733-004 Postanschrift FCI OXFORD PO BOX 1000 Oxford, WI 53952-0500 Telf.: 608-585-5411 Fax: 608-585-6371 **GERARDO HERNANDEZ NORDELO (MANUEL VIRAMONTES)** No 58739-004 U.S. Penitentiary-Victorville P.O. BOX 5500 Adelanto, CA 92301 **RAMON LABAÑINO SALAZAR (LUIS MEDINA)** No 58734-004 Postanschrift USP BEAUMONT PO BOX 26035 Beaumont TX 77720, Telf.: 409-727- 8188 Fax: 409-626-3700 **RENE GONZALEZ SEHWERERT** Reg. No 58738-004 FCI Marianna 3625 FCI Road Marianna, FL 32446